

Christlich, liberal, sozialistisch. Zur Geschichte der Bautzener Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich (1871–1918)

SWEN STEINBERG

Die Entstehung und Entwicklung lokaler und regionaler Gewerkschaften als Begleiterscheinung der Industrialisierung wurde in der DDR – dem ideologischen Diktum des offiziellen Geschichtsbildes unterworfen – durchaus thematisiert, erfuhr dann allerdings in Sachsen nach 1990 kaum Beachtung.¹ Dies gilt in besonderem Maße für jene gewerkschaftlichen Organisationen mit liberaler oder christlicher Ausrichtung, die jenseits des sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Milieus angesiedelt waren und auch im Rahmen der nach der Wiedervereinigung neu bewerteten Arbeitergeschichte nicht zum Untersuchungsfeld gehörten.² In diesem Zusammenhang entstanden ohne Zweifel wichtige Studien, wenngleich sich diese weitgehend auf gesamtsächsische Betrachtungen, Aspekte der Geschichte der Sozialdemokratie oder die ‚urbanen Leuchttürme‘ konzentrierten.³ Neuere Untersuchun-

¹ In den späten 1970er Jahren kam es in der DDR zu einer verstärkt regionalen Fokussierung historischer Untersuchungen, in deren Gefolge, zum Teil institutionalisiert, vor allem Arbeiten zur Geschichte von Arbeiterbewegung und Widerstand entstanden. Sie sind bis heute in den meisten Regionen Sachsens die einzigen Arbeiten zur Thematik. Dies gilt für Bautzen nur eingeschränkt, wo der Leiter der Stadtbibliothek Erich Lodni (1902–1985) bereits in den 1950er Jahren begann, in der Bautzener Kulturschau Artikel über die lokale Arbeiterbewegung zu veröffentlichen. Für Ostsachsen vgl. Wie die Arbeitereinheit geschmiedet wurde. Dem 30. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED gewidmet, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Bautzen der SED, Bautzen 1976; MARIANNE SCHMIDT, Die Arbeiterbewegung in Ostsachsen im Kampf um die einheitliche revolutionäre Partei des Proletariats, gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz und um die Durchsetzung des Marxismus 1871–1900, Dresden 1987.

Der vorliegende Beitrag ist meinem Freund und Forschungskollegen Sebastian Vogel zum Geburtstag gewidmet.

² Vgl. hierzu THOMAS WELSKOPP, Ende der Arbeiterbewegung – Neuorientierung der Arbeitergeschichte? Zu neueren Veröffentlichungen in der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 30 (1990), S. 575–583; DERS., Arbeiter in Betrieb und Milieu. Studien zur Sozialgeschichte von Arbeitern und Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 464–480; DERS., Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Sozialgeschichte der Arbeiterschaft – Perspektiven der Arbeitergeschichtsschreibung in den 1990er Jahren, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 8 (1993) H. 3, S. 34–53; DERS., Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998), S. 301–336; DERS., Arbeitergeschichte im Jahr 2000. Bilanz und Perspektiven, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 7 (2000), S. 15–30; MARCEL VAN DER LINDEN, Die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Globalisierung, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 18 (2003) H. 1, S. 10–40; DERS., Plädoyer für eine historische Neubestimmung der Welt-Arbeiterklasse, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 20 (2005) H. 3, S. 7–28.

³ Vgl. Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen

gen zum lokalen Arbeitermilieu in sächsischen Mittel- und Kleinstädten fehlen hingegen nahezu vollständig.⁴ Dies erscheint umso bedauerlicher, lassen sich doch gerade anhand lokalhistorischer Untersuchungen jene ‚großen Linien der Geschichte‘ in ihrer Bedeutung und Wirkung nachprüfen. Und gegebenenfalls sogar präzisieren. Das Untersuchungsfeld Gewerkschaftsgeschichte – als Teil einer lokal fokussierten Wirtschafts- und Sozialgeschichte – ist hierfür besonders geeignet, was im Folgenden am Beispiel Bautzen exemplarisch gezeigt werden soll.⁵ Denn schließlich spiegeln sich in den Forderungen der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter nicht nur deren Lebens- und Arbeitswelt, sondern auch die lokalen Arrangements und die Konstitution der jeweiligen Bürgerschaft.

Zur Geschichte der Arbeitnehmerinteressenvertretungen in Bautzen existiert kein geschlossener Bestand⁶ und bis auf vereinzelte Ausnahmen auch keine Eigenüberlieferung, die Auskunft über inhaltliche Auseinandersetzungen oder Detailfragen der Organisation

Arbeiterbewegung, Schriftenreihe A: Bd. 4), hrsg. von HELGA GREBING/HANS MOMMSEN/KARSTEN RUDOLPH, Essen 1993; KARSTEN RUDOLPH, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923) (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 1995; FRANK HEIDENREICH, Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933 (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 3), Köln/Weimar/Wien 1995; SIMONE LÄSSIG, Wahlrechtskampf und Wahlreform in Sachsen (1895–1909) (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 4), Köln/Weimar/Wien 1996; MIKE SCHMEITZNER/MICHAEL RUDLOFF, Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997, Dresden 1997; WERNER LESANOVSKY, Bildungspolitik, Schule und Pädagogik im sächsischen Parlament 1869–1900. Eine Studie über die bildungspolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Hamburg 1998. Insbesondere für Leipzig und Chemnitz liegen umfangreiche Studien vor, für Dresden steht dies noch aus. Vgl. FRANZ WALTER, Freital: Das „Rote Wien Sachsens“, in: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hrsg. von DERS./TOBIAS DÜRR/KLAUS SCHMIDTKE, Bonn 1993, S. 39–181, MICHAEL RUDLOFF/THOMAS ADAM, Leipzig – Wiege der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1996; THOMAS ADAM, Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933 (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 8), Köln/Weimar/Wien 1999; WOLFGANG SCHALLER, „Einmal kommt die Zeit“. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Bielefeld 2001; PETER RUSSIG, Das Dresdner „Volkshaus“ der Gewerkschaften 1902 bis 1999. Vom ADGB-Haus über das DAF- und FDGB-Gebäude zum Haus des DGB, Dresden 1999. In Bezug auf die konfessionelle Gewerkschaftsbewegung und die evangelischen Arbeitervereine in Sachsen hat bisher nur Sebastian Kranich einige grundlegende Entwicklungslinien herausgearbeitet. Vgl. SEBASTIAN KRANICH, Die Sächsische Evangelisch-Soziale Vereinigung von der Gründung 1903 bis zum Beginn des 1. Weltkrieges 1914 (Religiöse Kulturen der Moderne, Bd. 13), Gütersloh 2006, S. 89–107.

⁴ Exemplarisch sei hier genannt MARIO LETTAU, „Wir sind der Teil von Wilsdruff, auf dem sein guter Ruf beruht!“ Die Geschichte der Sozialdemokratie in der Möbelstadt Wilsdruff, Wilsdruff 2003; HANS KÄSEBERG, Pioniere für Zwickau. Geschichte der Sozialdemokratie 1863 bis 1989 (Reihe Wehnerwerk, Bd. 3), hrsg. von CHRISTOPH MEYER, Dresden 2008.

⁵ Grundlage der vorliegenden Untersuchung bilden im Sommer 2007 in Bautzen durchgeführte Archiv-recherchen sowie ein Forschungsprojekt zur Geschichte der lokalen Gewerkschaftsbewegung in Bautzen, welches zwischen 2003 und 2006 auf Initiative des DGB Ostsachsen realisiert wurde. Die Ergebnisse wurden publiziert als Aspekte zur Geschichte des Gewerkschaftshauses in Bautzen, hrsg. von SEBASTIAN VOGEL/SWEN STEINBERG, Bautzen 2003; Neue Aspekte zur Geschichte des Gewerkschaftshauses in Bautzen, hrsg. von SWEN STEINBERG/SEBASTIAN VOGEL, Bautzen 2006.

⁶ Allerdings legte der Bautzener Bibliothekar Erich Lodni – vermutlich in den 1960er Jahren – im Stadtarchiv ein Spezialinventar zur örtlichen Arbeiterbewegung an, welches jedoch stark selektiv und keinesfalls vollständig ist. Überdies stellte er anhand dieses Inventars einen Bestand zusammen, der mittlerweile aufgelöst und wieder in die Ursprungsbestände zurückgeführt ist.

geben können.⁷ Die Entstehung und Arbeit der Gewerkschaften in Bautzen lässt sich folglich nur über die städtische Überlieferung rekonstruieren – etwa aus den Unterlagen der Polizei, dem Vereinsregister oder Zeitungen. Die einzige Ausnahme bilden hier die Protokollbücher des Kartells der freien und damit sozialistisch orientierten Gewerkschaften Bautzens für die Jahre 1896 bis 1914, die in Privatbesitz erhalten geblieben sind.⁸ Diese lokalhistorisch sehr seltenen Quellen geben nicht nur Auskunft über die Diskussionen um die Zielsetzung der freien Gewerkschaften, die in den Protokollen der Kartell- und Vorstandssitzungen dokumentiert sind. Sie verdeutlichen zudem in einer beeindruckenden Dichte Arbeitsweise und Arbeitsfelder, die im Hinblick auf die vertretenen Arbeiter und Berufsgruppen behandelt wurden. Hierunter fallen auch Informationen über Mitgliederzahlen, Finanzierung und die konkrete Arbeit vor Ort – etwa hinsichtlich der Aktivitäten zum 1. Mai oder des Verhaltens zu Land- und Reichstagswahlen. Und gerade das politische Engagement vermag dann auch ein tiefenscharfes Bild der Verortung der Bautzener Gewerkschaftsorganisationen im lokalen Arbeitermilieu zu geben.⁹ Ebenso lassen sich aufgrund der formalisierten Organisation jene ‚führenden Köpfe‘ der freien Gewerkschaften Bautzens identifizieren und durch die zumeist finanzielle Unterstützung der freien Gewerkschaften Organisation und Verlauf von Streiks in Bautzen und Umgebung im Zeitraum 1896 bis 1914 detailliert nachzeichnen.

Im Folgenden wird die Entwicklung der lokalen Gewerkschaftsbewegung in Bautzen in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches skizziert; aufgrund der geschilderten Quellenlage stehen dabei die freien Gewerkschaften im Zentrum der Untersuchung. Einleitend wird ein knapper Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bautzen und die eng damit korrespondierende Entwicklung der lokalen Arbeitnehmerinteressenvertretung bzw. -selbstorganisation gegeben. Im Anschluss daran werden, am Beispiel der freien Gewerkschaften, die lokalen Arbeits- und Konfliktfelder sowie die Strategien gewerkschaftlicher Arbeit vorgestellt. Dabei werden auch die jeweiligen sozialen Faktoren behandelt, über die sich die Arbeitermilieus in Bautzen definierten und gegen- bzw. voneinander abgrenzten. Da in Bautzen mit den vergleichsweise sehr starken christlichen Gewerkschaften ein sächsisches Spezifikum vorliegt, wird abschließend auf deren Entwicklung – auch im Hinblick auf den besonderen Charakter der überkonfessionellen Stadt – eingegangen.

⁷ Die Unterlagen der freien Gewerkschaften Bautzens wurden mit großer Wahrscheinlichkeit im Zuge der Besetzung des Hauses durch die Nationalsozialisten im März 1933 vernichtet, entsprechende Pressemeldungen und Erinnerungen von Zeitzeugen deuten dies jedenfalls an. Bautzener Nachrichten, Nr. 59 10.3.1933, S. 3; Nr. 64 16.3.1933, S. 3; Staatsfilialarchiv Bautzen (im folgenden StFilAB), 50071, 58, S. 81. Für die anderen beiden Gewerkschaftsrichtungen lässt sich ein solcher Sachverhalt nicht nachweisen. Vermutlich wurde deren Eigenüberlieferung aber im Zuge der ‚Gleichschaltung‘ bzw. Auflösung der Verbände und Beschlagnahme der Immobilien ebenfalls vernichtet.

⁸ Nachlass Manfred Tröger, Bautzen (im folgenden NL MT), Protokollbücher 1896–1906 und 1906–1914 (im folgenden PB [1896–1906] und PB [1906–1914]).

⁹ Zum Milieubegriff und seiner Bedeutung in der historischen Forschung vgl. SIEGFRIED WEICHLEIN, Wahlkämpfe, Milieukultur und politische Mobilisierung im Deutschen Kaiserreich, in: Modernisierung und Region im wilhelminischen Kaiserreich, hrsg. von SIMONE LÄSSIG/KARL HEINRICH POHL/JAMES RETALLACK, Bielefeld 1995, S. 69–87; DIETER RINK, Politisches Lager und ständische Vergesellschaftung. Überlegungen zum Milieukonzept von M. Rainer Lepsius und dessen Rezeption in der deutschen Geschichtsschreibung, in: COMPARATIV 9 (1999) H. 2, S. 16–29. Vgl. als eine der wenigen Studien für Sachsen unter diesem Gesichtspunkt: ADAM, Arbeitermilieu (wie Anm. 3).

Bautzen im Kaiserreich

Stadt, Industrie und gewerkschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Bautzens hatte zweifelsohne einen großen Einfluss auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Stadt war Sitz zentraler Verwaltungsstellen der Oberlausitz, etwa des Landgerichtes oder der Amts- und Kreishauptmannschaft, 1904 wurde die Sächsische Landesstrafanstalt eröffnet.¹⁰ Ferner war Bautzen Garnisonsstadt, deren Infrastruktur im Untersuchungszeitraum massiv erweitert und ausgebaut wurde.¹¹ Die ohnehin in der Region wirtschaftlich bedeutsame Stadt entwickelte sich zudem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem industriellen Zentrum der vor allem im Norden stark landwirtschaftlich geprägten sächsischen Oberlausitz,¹² was auch mit einem spürbaren Anwachsen der Bevölkerung verbunden war.¹³ Insbesondere im Bereich der Tuch- und der Papierfabrikation, der Metallindustrie – speziell der Karosserieherstellung –, der Eisengießerei sowie in der Zigarrenherstellung entstanden rasch große Betriebe mit zahlreichen Beschäftigten.¹⁴ Allerdings führte jene strukturelle Ausrichtung auf die verarbeitende Industrie zu konjunkturellen Schwankungen, welche sich spätestens nach der Jahrhundertwende in einer steigenden Arbeitslosigkeit niederschlugen, die auch von städtischen Notstandsprogrammen zur Bekämpfung derselben nicht eingedämmt werden konnte.¹⁵ Erst der Erste Weltkrieg brachte der Bautzener Industrie, ähnlich der gesamtdeutschen Entwicklung, einen Aufschwung, der bis zum Kriegsende weitgehend anhielt.¹⁶

¹⁰ Hierzu sowie zur Entwicklung der Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. SILKE KOSBAB, Die Verfassung der Stadt vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, in: Von Bautzen nach Budissin, Bautzen 2002, S. 84–97, hier: S. 84, 88–90.

¹¹ Vgl. hierzu ROLAND BAIER, Der Militärstandort Bautzen, in: Von Bautzen nach Budissin, Bautzen 2002, S. 294–309, hier: S. 298–304.

¹² Zur wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Oberlausitz nach 1871 vgl. ERHARD HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte der Oberlausitz 1547–1945, Bautzen 2007, S. 342–360.

¹³ Zwischen 1900 und 1905 verzeichnete die Stadt beispielsweise einen Zuwachs von fast 4000 Einwohnern auf ca. 29500. Im Allgemeinen folgte Bautzen hier dem Trend der Oberlausitz, in der sich zwischen 1867 und 1910 die Zahl der in Städten lebenden Menschen um 93,97 Prozent erhöhte. Zeitschrift des Kgl. Sächs. Statistischen Bureaus Dresden 48 (1902), Beilage, S. 5; Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 52 (1906) H. 2, S. 219; HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 313. Allerdings führte der gewonnene Krieg gegen Frankreich 1871 zu keinem „Gründerboom“. Vielmehr setzte der Aufschwung, der mit einem massiven Anstieg der Fabrikproduktion verbunden war, erst in den 1880er Jahren ein. Hierzu und zur Landwirtschaft in der Oberlausitz vgl. ebd., S. 316, 319, 322f., 333–342.

¹⁴ Vgl. PETRA LISTEWNIK/KARSTEN SICHEL, Bautzen als ein Zentrum der Wirtschaftsregion Oberlausitz, in: Von Bautzen nach Budissin, Bautzen 2002, S. 148–157, hier: S. 148; HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 322.

¹⁵ Vgl. hierzu Stadtarchiv Bautzen, Neues Archiv (im folgenden StAB, NA), I/V i.93. Einen Höhepunkt des wirtschaftlichen Rückgangs, von dem alle Branchen betroffen waren, machte der Dezember 1908 aus, als in Bautzen etwa 1200 Personen ohne Arbeit waren. So hatte aufgrund von Absatzschwierigkeiten beispielsweise die Weigangsche Papierfabrik von den 1400 Arbeitern 20 Prozent entlassen, im Waggonbau waren gar von 1000 Arbeitern 40 Prozent entlassen worden. Die Maschinenfabrik vorm. Goetjes & Schulze hatte statt 250 nur noch 170 Arbeiter. Ebd., S. 4. Dementsprechend kann für Bautzen der von Erhard Hartstock für diese Zeit konstatierte „Arbeitskräftemangel“ nicht bestätigt werden. HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 323.

¹⁶ LISTEWNIK/SICHEL, Bautzen (wie Anm. 14), S. 148.

Aus dieser Entwicklung der Sektoren Wirtschaft und Verwaltung ergab sich in Bautzen eine stark stadtbürgerliche Prägung durch Beamte und Militär sowie durch Kaufleute und Industrielle. Und dies beeinflusste nicht nur das politische Klima in der Stadt, sondern hemmte auch die Entwicklung der organisierten Arbeiterschaft, da die entscheidenden Positionen der lokalen Entscheidungs- bzw. Selbstverwaltungsorganen durch tendenziell konservativ eingestellte Personen besetzt waren. Ausdruck dessen war beispielsweise die erschwerte Zulassung entsprechender Organisationen und die restriktive Gewährung von Versammlungen oder Umzügen. Als im Sommer 1896 in Bautzen ein Dachverband der lokalen freien Gewerkschaften gegründet wurde, verschleppte der zuständige Stadtrat beispielsweise gezielt die Genehmigung des Statutes durch immer neue Anforderungen¹⁷ und erklärte noch im Dezember 1896 gegenüber dem sächsischen Innenministerium, dass dieser Verein „auch zu den die Volkswirtschaft und Sozialpolitik betreffenden Fragen Stellung nehme und dadurch beabsichtige, auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates einzuwirken, er mithin als politischer Verein anzusehen sei“.¹⁸ Erst Anfang Januar 1897 wurde das Statut durch den Bautzener Stadtrat genehmigt.¹⁹ Als derselbe 1899 in Erfahrung brachte, dass zur Abendveranstaltung am 1. Mai kein geringerer als August Bebel (1840–1913) in Bautzen sprechen sollte, übte er gezielt Druck auf den Besitzer des Hotels „Zur Krone“ aus, der den freien Gewerkschaften seine Räume dafür zur Verfügung stellen wollte, und verhinderte so die Feier.²⁰ Und erst 1910 genehmigte die städtische Verwaltung anlässlich des jährlichen Sommerfestes der freien Gewerkschaften einen Umzug durch die Stadt.²¹

Auch konnte sich Bautzen, wie generell das gesamte ostsächsische Gebiet, nie zu einer ‚Hochburg‘ der Sozialdemokratie entwickeln. Insbesondere die Oberlausitz war, abgesehen von industriellen Zentren wie Zittau, Görlitz oder eben Bautzen, vorwiegend landwirtschaftlich und kleinindustriell bzw. gewerblich geprägt.²² Die weitgehend auf die Industriearbeiterschaft ausgerichtete Sozialdemokratie hatte daher nur in größeren Orten mit entsprechenden Betrieben überhaupt die Chance, eine größere Zahl Anhänger zu gewinnen. Ein markantes Beispiel hierfür stellt die Reichstagswahl von 1903 dar, bei der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 22 der insgesamt 23 sächsischen Mandate gewann. Nur das Mandat des dritten sächsischen Wahlkreises Bautzen-Kamenz

¹⁷ So monierte er, dass nur eine Liste der fünf Delegierten eingereicht worden sei und forderte eine komplette Aufstellung der Mitglieder. Erst nach persönlicher Vorsprache eines Delegierten des Kartells im Bautzener Rathaus konnte diese Frage geklärt werden. In der Sitzung des Kartells wurde dies spöttisch mit den Worten kommentiert: „Welche Sorge hat dieser Mann für das Kartell!“ StAB, NA, III/II C 83, S. 1 f.; NL MT, PB (1896–1906), 14. 9. 1896.

¹⁸ StAB, NA, III/II C 83, S. 145 f. Eine Ansicht, die der Stadtrat noch 1908 vertrat. Allerdings wurde ihm selbst durch eine Anfrage bei den Amtskollegen in Leipzig, Dresden, Freiberg und Plauen der eigene rigide Standpunkt vor Augen geführt. Schließlich wurden in den aufgeführten Städten die bestehenden freien Gewerkschaftskartelle nicht als „politische Vereine“ behandelt, einzig in Zwickau verfuhr man wie in Bautzen. StAB, NA, III/II C 83, S. 146.

¹⁹ Ebd., S. 10; NL MT, PB (1896–1906), 4. 1. 1897.

²⁰ Ebd., 13. 5. 1899.

²¹ Ebd., PB (1906–1914), 16. 7. 1910; 18. 7. 1910.

²² Noch 1895 lag der Wert der in Kleinbetrieben (zwischen einem und fünf Beschäftigte) beschäftigten Menschen in der Oberlausitz bei mehr als 45 Prozent, nur rund 34 Prozent arbeiteten dagegen in Großbetrieben mit mehr als 200 Beschäftigten. HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 321.

fiel an einen Vertreter der antisemitischen Deutschen Reformpartei, die gezielt mit einem Programm zur Mittelstandsförderung angetreten war.²³

Während sich in anderen Orten Sachsens schon 1848 lokale Arbeitervereine gegründet hatten, die sich überregional zusammenschlossen,²⁴ kam es in Bautzen erst verhältnismäßig spät zur Ausbildung von Arbeitnehmerinteressenvertretungen bzw. sozialistisch orientierten Vereinen unter der quantitativ durchaus erkennbaren Gruppe der Industriearbeiter. Erst im Jahr 1871 lässt sich ein Schuhmacherstreik nachweisen, bei dem die Streikenden finanzielle Unterstützung erhielten, was auf gewerkschaftliche Organisationsformen hindeutet. Die erste, tatsächlich greifbare gewerkschaftliche Organisation war der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, der 1881 in Bautzen eine Ortsgruppe bildete.²⁵ Allerdings fiel diese Gründung bereits in die Zeit des so genannten Sozialistengesetzes,²⁶ welches auch die Arbeit der freien Gewerkschaften zu unterbinden suchte, indem sie zur Selbstauflösung oder zur Umwandlung in reine Unterstützungsvereine gezwungen wurden, in denen aber die gewerkschaftliche Arbeit verdeckt weitergeführt wurde.²⁷ Ausgenommen waren davon nur die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die in Bautzen ebenfalls erst nach 1871 entstanden waren und 1888 acht Berufsgruppen vertraten.²⁸ Die bereits erwähnte Ortsgruppe des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker und der 1883 gegründete Reisekostenunterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter, eine Ortsgruppe des freien Deutschen Tabakarbeiterverbandes, können hier als Beispiele

²³ Der Osten Sachsens war generell eine ‚Hochburg‘ der antisemitischen Reformpartei, in urbanen und stärker industrialisierten Regionen war sie nahezu bedeutungslos. LÄSSIG, Wahlrechtskampf (wie Anm. 3), S. 115; RUDOLPH, Sozialdemokratie (wie Anm. 3), S. 56; MIKE SCHMEITZNER, „Deutsche Wacht“ und „Tintenjuden“. Antisemiten und Sozialdemokraten im Kampf um die politische Macht in Dresden (1893–1903), in: Dresdner Hefte 80 (2004) H. 4: Das „Rote Königreich“ und sein Monarch, S. 36–44. Vgl. zum politischen Antisemitismus in Sachsen allgemein MATTHIAS PIEFEL, Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914 (Berichte und Studien, Bd. 46), Göttingen 2004, sowie zum Reformverein und zum Antisemitismus in Bautzen KATRIN GRIEBEL, Antijudaismus und Antisemitismus in der sächsischen Oberlausitz zwischen 1871 und 1918, in: Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von der Ephraim Carlebach Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2004, S. 94–104, hier: S. 95 f., 98–100, 102 f.

²⁴ In Sachsen finden sich erste Formen gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse – wenn auch nur punktuell und sehr branchenspezifisch – bereits 1848 im Zuge der deutschlandweiten Arbeitervereinsbildung. Die in jenem Jahr gegründeten örtlichen Arbeitervereine schlossen sich im Juni 1848 zum Landesverband Sächsischer Arbeitervereine zusammen. Diese Entstehung der ersten gewerkschaftlichen Organisationen konnte nach dem Scheitern der Revolution 1848/49 und durch die Beschlüsse des Deutschen Bundes zur Auflösung der Arbeitervereine in den 1850er nur kurzzeitig aufgehalten werden. Speziell in Sachsen bekam diese Entwicklung durch die rasch fortschreitende Industrialisierung und die Aufhebung des Koalitionsverbotes 1861 neue Impulse, die sich in erster Linie in einer massiven Streikbewegung und in den Gründungen von lokalen und regionalen Branchengewerkschaften äußerte. Kleine Chronik der sächsischen Sozialdemokratie, hrsg. von HANS BOZENHARD/CHRISTA HERKT/WOLFGANG MARSCHNER, Dresden 1993, S. 7 f.; HELGA GREBING, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1987, S. 53; MICHAEL SCHNEIDER, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 24–34.

²⁵ StAB, NA, III/II C 50, unpag.

²⁶ Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie wurde im Oktober 1878 vom Deutschen Reichstag beschlossen und galt, mehrfach modifiziert und verlängert, bis zum September 1890.

²⁷ Vgl. hierzu KLAUS SCHÖNHOFEN, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/M., S. 37–51; SCHNEIDER, Geschichte (wie Anm. 24), S. 58–68.

²⁸ Ebd., C 29, unpag. Vgl. zu den liberalen Gewerkvereinen allgemein GUSTAV HARTMANN, Fünfzig Jahre deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 1868–1918, Jena 1918.

der verdeckten Arbeit in Bautzen angeführt werden.²⁹ Daneben kam es in der Phase des ‚Sozialistengesetzes‘ aber auch immer wieder zu ‚subversiven‘ und durchaus öffentlichkeitswirksamen Aktionen. So berichtete beispielsweise im September 1889 ein Gendarm, dass „zur Wettinfeier in Bautzen eine rothe Fahne angebracht worden [sei] und man auf Ermittlung des Thäters eine hohe Belohnung ausgesetzt habe“. ³⁰ Erst mit der Aufhebung des ‚Sozialistengesetzes‘ 1890 konnte die Arbeit der freien Gewerkschaften in die Öffentlichkeit zurückkehren und sich strukturell institutionalisieren.

Während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine – in ihrer Arbeit und Entwicklung durch den Staat nicht eingeschränkt – ihre bereits lokal vernetzte Arbeit fortsetzten, agierten die örtlichen Einzelvertretungen der freien Gewerkschaften in der ersten Hälfte der 1890er Jahre noch relativ unabhängig voneinander und erlangten deswegen nur sehr begrenzt Einfluss. Dies änderte sich, als am 22. August 1896 auf einer öffentlichen Versammlung der Verein Gewerkschaftskartell zu Bautzen gegründet wurde.³¹ Damit entstand auch in Bautzen eine Dachorganisation der sozialistisch orientierten Gewerkschaften, in der mehrere Einzelorganisationen und verschiedene Berufsgruppen auf freiwilliger Basis zusammengeschlossen waren.³² Die Aufgabe des Kartells, dass sich einen Vorstand mit Vorsitzendem, Kassierer und Schriftführer wählte, war laut Statut die Vertretung der „Interessen aller in einem direkten oder indirekten Lohnverhältnisse stehenden männlichen und weiblichen Arbeiter“, was sich beispielsweise in der „Agitation zur Aufklärung über die wirtschaftliche Klassenlage“, in der „Kontrolle bei allen Lohnkämpfen“ und deren Organisation oder in der Aufstellung von „klassenbewußten Arbeitern“ für die örtlichen Vertretungskörperschaften wie das Gewerbegericht, die Berufsgenossenschaft oder die Krankenkasse niederschlagen sollte.³³

Allerdings war dies nicht gleichbedeutend mit dem sofortigen Anstieg des Organisationsgrades, der sich generell in Sachsen erst mit der Aufhebung der restriktiven sächsischen Vereinsgesetzgebung und damit nach der Jahrhundertwende einstellte. Waren 1903 nur etwa sechs Prozent der sächsischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, stieg dieser Anteil in den folgenden Jahren auf ca. 25 Prozent an.³⁴ Eine Entwicklung, die sich ebenfalls in Bautzen abzeichnete, gelang es doch den freien Gewerkschaften auch hier erst nach 1900 Mitglieder in größerem Maße anzuziehen und durch entsprechende Aktionen im Arbeitskampf in Erscheinung zu treten. Waren etwa im Gründungsjahr 1896

²⁹ StAB, NA, III/II C 15, unpag.

³⁰ StAB, NA, III/II C 13, S. 73. Bei der Wettinfeier handelte es sich um das 800-jährige Jubiläum des sächsischen Königshauses Wettin, welches vom 15. bis 20. Juni 1889 gefeiert wurde. Vgl. hierzu SIMONE MERGEN, Monarchiejubiläum im 19. Jahrhundert. Die Entdeckung des historischen Jubiläums für den monarchischen Kult in Sachsen und Bayern (Schriften zur Sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 13), Leipzig 2005, S. 261–279.

³¹ NL MT, PB (1896–1906), 22. 8. 1896.

³² Auf dem 1. Kongreß der freien Gewerkschaften in Halberstadt 1892 wurde die gezielte Bildung von lokalen und regionalen Kartellen als Dachorganisationen von Einzelgewerkschaften als Ziel formuliert und in der Folge auch die zentrale Organisationsform freigewerkschaftlicher Arbeit. SCHALLER, Geschichte (wie Anm. 3), S. 307.

³³ NL MT, PB (1896–1906), 14. 9. 1896; 7. 10. 1901; 21. 11. 1901; 16. 6. 1902.

³⁴ RUDOLPH, Sozialdemokratie (wie Anm. 3), S. 38. Eine Entwicklung, die auch der Kartellbildung Vorschub leistete. So waren beispielsweise auf der 1. Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskartelle 1909 in Dresden bereits 74 sächsische Kartelle vertreten.

im freien Kartell nur fünf Delegierte vertreten, stieg diese Zahl bis 1900 auf 19 an. 1904 waren es bereits 28 und 1908 sogar 48 Delegierte. Laut Statut des Gewerkschaftskartells war jede Gewerkschaft berechtigt, pro 50 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden.³⁵ Folglich könnte man für das Jahr 1896 250, für 1904 1 400 und schließlich für 1908 2 300 vertretene Arbeiter in Bautzen ableiten. Bis zum Februar 1913 stieg diese Zahl nochmals auf 4 549 Mitglieder, sodass zu Beginn des Ersten Weltkrieges etwa ein Drittel der Bautzener Arbeiter durch die freien Gewerkschaften vertreten gewesen sein dürften.³⁶ Das Ansteigen der Mitgliederzahlen brachte allerdings auch eine gesteigerte Heterogenität mit sich, die sich an den vertretenen Gewerben deutlich zeigte: So waren in Bautzen beispielsweise 1911 allein im Kartell der freien Gewerkschaften 24 verschiedene Berufsgruppen organisiert.³⁷ Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vertraten zur selben Zeit nur noch sieben Berufsgruppen,³⁸ was gleichsam ein gesamtsächsisches Phänomen der gewerkschaftlichen Entwicklung deutlich macht. Denn schließlich entstand gerade im ‚roten Königreich Sachsen‘ eine derart stark sozialistisch geprägte Arbeiterschaft, weil es Vereinigungen wie den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen nicht gelungen war, die anfänglich vor allem liberal geprägte Arbeiterschaft langfristig zu binden.³⁹ In der Folge sank die Bedeutung der liberalen Gewerkschaften in Sachsen nach der Jahrhundertwende stark ab. Allerdings entwickelte sich parallel hierzu in Bautzen mit den christlichen Gewerkschaften eine neue, durchaus mitgliederstarke und darum einflussreiche Arbeitnehmerinteressenvertretung, auf die noch gesondert eingegangen wird.

Arbeits- und Konfliktfelder – Facetten der Arbeitnehmerinteressenvertretung in Bautzen am Beispiel der freien Gewerkschaften

Ohne das Gasthaus, das konstatierte schon der Zeitgenosse Karl Kautsky (1854–1938), gab es für den Arbeiter „nicht bloß kein geselliges, sondern auch kein politisches Leben“.⁴⁰ Und gerade die Frage des Versammlungsortes stellte auch für das Kartell der freien Gewerk-

³⁵ Im März 1911 wurde dieser Wert aufgrund des immens angewachsenen Mitgliederbestandes auf 100 erhöht. NL MT, PB (1906–1914), 11.3.1911.

³⁶ StAB, NA, III/II C 83, S. 22, 33, 79 f., 127 f.; NL MT, PB (1906–1914), 15.2.1913.

³⁷ Arbeiterführer für Dresden und Ostsachsen, Dresden 1911, S. 225. Es waren dies: Bauarbeiter, Bäcker, Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Lithographen und Steindrucker, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Müller, Sattler, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Töpfer, Transportarbeiter, Zigarrensortierer und Zimmerer. Ebd.

³⁸ Bautzner Adressbuch für das Jahr 1910/11, Bautzen 1911, S. 250 f. Folgende Ortsvereine waren zusammengefasst: Maschinenbauer und Metallarbeiter, Schneider und verwandte Berufe, Tischler und verwandte Berufe, Maler und Lackierer, Fabrik- und Handarbeiter, graphische Berufe sowie der Medizinalverband. Ebd.

³⁹ Die Linksorientierung der Arbeiter, insbesondere der Industriearbeiterschaft, war ein Charakteristikum Sachsens, dass bis in die Weimarer Republik hinein erhalten blieb. Vgl. WERNER BRAMKE, Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert. Strukturelle Entwicklung und soziale Problemfelder vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis in die frühen 60er Jahre, Leipzig 1992, S. 5.

⁴⁰ Hier zitiert nach KLAUS SAUL, Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871–1914, Königstein 1982, S. 109. Vgl. allgemein zu Entstehung und Bedeutung der ‚Arbeiterkneipe‘ FRANZ DRÖGE/THOMAS KRÄMER-BADONI, Die Kneipe. Zur Soziologie einer Kulturform, Frankfurt/M. 1987, S. 103–114.

schaften in Bautzen seit seiner Gründung 1896 ein zentrales Problem dar. Erst 1922 konnte ein eigenes Haus am Hauptmarkt erworben werden. 1925 wurde eine weitere Immobilie in der Nordstraße angekauft, welche sich durch ihre Ausstattung mit Büro- und Versammlungsräumen zum Gewerkschaftshaus des freien Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Bautzen entwickelte.⁴¹ Die Jahre davor waren geprägt von der permanenten Suche nach Versammlungsräumen, Restaurants oder Gasthäusern, in denen freigewerkschaftliche Arbeit geduldet wurde und welche die gerade in jener Frage vorhandenen zahlreichen lokalen Konfliktlinien deutlich aufzeigt. Denn schließlich konnte die Entscheidung eines Wirtes, seine Gasträume dem sozialistischen Arbeitermilieu zu öffnen, für diesen existentielle Folgen haben. Ende Februar 1890 bat beispielsweise der Kommandeur des im Ort kasernierten 4. Infanterie-Regiments Nr. 103 den Stadtrat Bautzen um Auskunft, ob im „Bezirk Wirtschaften, Ausschank- und andere Lokale vorhanden sind, welche besonders von Anhängern der sozialdemokratischen Partei oder anderen regierungsfeindlichen Elementen aufgesucht und zu ihrem Verkehr benutzt werden, um den Besuch solcher Lokale den Militärpersonen untersagen zu können“. In einem Befehl vom 11. April 1890 wurde dann explizit „sämtlichen Militärpersonen der Garnison bis auf weiteres verboten“, in vier vom Stadtrat benannten Lokalen zu verkehren.⁴² Welche Wirkung dieses Druckmittel erzeugen konnte, zeigt die Reaktion eines Inhabers der angezeigten Lokale auf den „Militärboykott“, hatte er doch schon einen Tag nach Erlass des Befehls „sämtlichen Anhängern der Socialdemokratie sein Local verboten“.⁴³ Allerdings konnte die Entscheidung eines Wirtes zugunsten der Gewerkschaften auch einen großen und festen Kundenstamm an dessen Lokal binden. 1907 hatte das Bautzener Kartell mehr als 2000 Mitglieder, die gleichzeitig potentielle Kunden waren. Auf diese Weise kamen die Besitzer jener Lokale auch in eine Vorteilsposition gegenüber ihrer Konkurrenz, zumal das Bautzener Kartell gezielt versuchte, seine Mitglieder in die ‚Stammlokale‘ zu lotsen, und zudem festgelegt hatte, dass für eigene Veranstaltungen nur Lokale genutzt werden sollten, die beispielsweise auch Wahlveranstaltungen der SPD zugelassen hatten.⁴⁴ Insbesondere jene Erweiterung auf das lokale Arbeitermilieu brachte auch eine Erweiterung der potentiellen Kunden mit sich. Und schließlich konnte der Boykott von gewerkschaftlicher Arbeit für die jeweiligen Wirte im lokalen Raum auch den Gegenboykott der Gewerkschaften bedeuten. 1912 wurden die Delegierten des Kartells etwa auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: „Der Schankzeltbesitzer Donath [...] hat sich öffentlich als Feind der organisierten Arbeiter erklärt, darum

⁴¹ Andere Orte verfügten schon vor 1914 über eigene Gewerkschafts- bzw. Volkshäuser, die sich zumeist aufgrund eines höheren Organisationsgrades oder der überlokalen Bedeutung ergaben, etwa als Sitz regionaler Verwaltungsstellen der Gewerkschaften – so beispielsweise Dresden (1902) oder Leipzig (1905). Zur weiteren Entwicklung in Bautzen nach 1918 vgl. die Beiträge in STEINBERG/VOGEL, *Neue Aspekte* (wie Anm. 5).

⁴² StAB, NA, III/II C 13, S. 87–89.

⁴³ Ebd., S. 90. Andererseits erwies sich gerade dieses Druckmittel in Bautzen als besonders langlebig: Über eines der 1890 benannten Lokale war noch 1910 der Militärboykott verhängt, das Garnisonskommando lehnte dessen Aufhebung im November des Jahres nach einer Eingabe des Besitzers weiterhin ab. NL MT, PB (1906–1914), 24. 11. 1910.

⁴⁴ Ebd., 18. 4. 1907. Vgl. hierzu auch Adam, *Arbeitermilieu* (wie Anm. 3), S. 276f. Ein ähnlicher Zusammenhang findet sich im August 1909: Als ein im freien Kartell organisierter Bäcker versprach, Gesellen einzustellen und diese „zum tarifmäßigen Preise“ zu bezahlen, beschloss das Kartell, „die um und nahe wohnenden Frauen“ durch die gezielte Verteilung von Handzetteln aufzufordern, in diesem Geschäft ihren Bedarf zu decken. NL MT, PB (1906–1914), 18. 8. 1909.

mögen ihn die Arbeiter meiden“.⁴⁵ Diese Trennung der Gastronomie in zwei Lager, die für die Zeit des Kaiserreiches keineswegs eine Besonderheit darstellte, war offensichtlich sehr prägend für die Öffentlichkeit, das ‚gesellschaftliche Klima‘, aber auch für die Außenwirkung der Stadt selbst. Noch 1928 erinnerte sich ein Bautzener Einwohner, dass diese Trennung vor allem dazu führte, dass die Stadt bezüglich ihrer Gastronomie früher „im Rufe engherzigen Kastengetes und Parteidünkels stand. Soweit dies begründet war, hat der Geist der neuen Zeit befruchtend und reinigend gewirkt“.⁴⁶

Die Folge dieser Situation waren häufige Wechsel der Lokale – im Jahr 1903 musste das Kartell der freien Gewerkschaften beispielsweise fünfmal den Versammlungsort ändern –,⁴⁷ die der Verstetigung der Arbeit der wachsenden Organisationen wenig zuträglich waren. Insofern scheint es kaum verwunderlich, dass die freien Gewerkschaften bemüht waren, einen festen Sitz zu erhalten. Und dieser musste sich nicht zwangsläufig in einem bestehenden Lokal befinden, dessen Wirt die Organisationen und deren Arbeit dauerhaft duldete. Vielmehr begann man im Herbst 1903 auch über die Finanzierung eines eigenen Lokals nachzudenken – wenngleich hier das entscheidende Problem in den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln bestand.⁴⁸ So bekamen die Vertreter der Einzelgewerkschaften in der Sitzung vom September 1903 aufgetragen, „in den Gewerkschaften anzufragen, wie die Beiträge zur Erhaltung eines eigenen Lokals aufgebracht werden sollen“.⁴⁹ Und tatsächlich wurde Ende September 1903 durch das Kartell ein Lokalfonds eingerichtet, in den die Einzelgewerkschaften pro Mitglied zehn Pfennige einzahlten.⁵⁰ Ein mithin für die Gewerkschaften in dieser Zeit typisches Vorgehen bei der Realisierung solcher Projekte.⁵¹

Ein zweites wesentliches Problem bestand in der Größe der Räumlichkeiten, die den mittlerweile erzielten Mitgliederzahlen entsprachen. Im Mai 1904 erklärte sich allerdings nach längeren Verhandlungen der Besitzer von Büttners Restaurant an der Petrikirche bereit, den freien Gewerkschaften langfristig sein Lokal zur Verfügung zu stellen und es

⁴⁵ Ebd., 28.6.1912. Überdies versuchten die freien Gewerkschaften in Bautzen auch das Druckmittel Konsum für ihre Ziele zu nutzen. Im Juni 1906 unterstützten sie beispielsweise einen Boykottaufruf gegen die bayrischen „Käsebarone“, die ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung verweigert hatten, und beschlossen „keinen Bayrischen Käse zu essen“. Allerdings hatte diese Form der „moralischen Unterstützung“ auch Grenzen: Im November 1906 mussten die Vertreter des Kartells konstatieren, dass es nicht möglich sei, den „Bierboykott [...] in Bautzen durchzuführen“. Man beschloss deswegen, „die weiteren Schritte in der Bierfrage“ den Teilgewerkschaften zu überlassen. StAB, NA, III/II C 83, S. 93; NL MT, PB (1906–1914), 14. 11. 1906. Vgl. zum „Leipziger Bierkrieg“ 1903 und zum Bierboykott in Dresden 25 Jahre Volkshaus Leipzig, Leipzig 1929, S. 20–22; HOLGER STARKE, Ein bierseliges Land. Aus der Geschichte des Brauwesens von Dresden und Umgebung, in: Ein bierseliges Land. Aus der Geschichte des Brauwesens von Dresden und Umgebung, hrsg. von Stadtmuseum Dresden/Sächsischer Brauerbund e.V., Halle 1996, S. 72 f.

⁴⁶ BERNHARD BRAUNY, Aus Bautzens vergangenen Tagen. Gastronomische Erinnerungen, in: Heimatklänge. Unterhaltungsbeilage zum Bautzener Tageblatt, Nr. 32 11.8.1928, S. 4.

⁴⁷ NL MT, PB (1896–1906), 9. 4. 1903; 2. 9. 1903; 4. 11. 1903; 3. 12. 1903.

⁴⁸ Die finanzielle Ausstattung der Gewerkschaftskartelle – weniger die bürokratischen Hürden – dürfte generell der entscheidende Punkt bei der Gründung von Gewerkschaftshäusern gewesen sein, da diese vor 1914 nur in großen deutschen Städten wie Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden oder Stuttgart entstanden. RUSSIG, Volkshaus (wie Anm. 3), S. 18.

⁴⁹ NL MT, PB (1896–1906), 2. 9. 1903.

⁵⁰ Ebd., 22. 9. 1903.

⁵¹ RUSSIG, Volkshaus (wie Anm. 3), S. 21.

entsprechend – wenn die Gewerkschaften die Nutzung garantierten – umzubauen. Er bot beispielsweise an, Räumlichkeiten für 300 bis 400 Personen zu schaffen, und zwar so, „das zu gleicher Zeit 2 Gewerkschaften ihre Versammlungen abhalten könnten“.⁵² Dies war hinsichtlich des raschen Wachstums der gewerkschaftlichen Organisationen in Bautzen auch nötig, zumal das Kartell spätestens ab November 1904 hier koordinierend eingreifen musste und einen Veranstaltungskalender entwarf.⁵³ Generell nahm in dieser Phase auch die Formalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit in Bautzen zu: Im Dezember 1904 wurde beispielsweise die Einführung einer Geschäftsordnung für das Kartell gefordert und daraufhin ausgearbeitet. Im Februar 1906 machte sich ein zweiter Vorsitzender nötig,⁵⁴ drei Jahre später beschloss das Kartell, dass der Vorstand eine jährliche Entschädigung erhalten sollte.⁵⁵ Ebenfalls 1909 wurde die Arbeit innerhalb des Kartells stärker differenziert, etwa durch die Gründung einer Jugend-, einer Kinderschutz- und einer Bibliothekskommission,⁵⁶ 1912 kam eine „Beschwerdestelle für weibliche Personen“ hinzu.⁵⁷ Für ein festes Arbeitersekretariat reichten die finanziellen Mittel allerdings noch nicht aus.⁵⁸ Dies änderte sich auch nicht, als Bautzen 1913 Sitz der Leitung der Oberlausitzischen Gewerkschaftskartelle wurde.⁵⁹ Im Januar 1914, als die Mitgliederzahlen und damit auch der Verwaltungsaufwand immer größer wurden, begann das Kartell innerhalb der Einzelgewerkschaften eine weitere Abgabe zu erheben, die zur langfristigen Finanzierung eines solchen Sekretariates für Bautzen beitragen sollte.⁶⁰

⁵² NL MT, PB (1896–1906), 14. 5. 1904.

⁵³ Ebd., 16. 11. 1904.

⁵⁴ Ebd., Dezember 1904; PB (1906–1914), 1. 2. 1906.

⁵⁵ Ebd., 3. 5. 1907. Vgl. zu diesem Sachverhalt allgemein KLAUS SCHÖNHOFEN, *Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914* (Industrielle Welt, Bd. 30), Stuttgart 1980, S. 221–260. Allerdings war die Phase des Wachstums und der gleichzeitigen Formalisierung der Selbstorganisation auch mit bisweilen schmerzlichen Erfahrungen verbunden: Im Oktober 1905 musste der Vorsitzende der Versammlung des Holzarbeiterverbandes beispielsweise bekannt geben, dass der eigentliche Einberufer der Versammlung „unter Mitnahme von 400 Mark Kassengelder, welche dem Holzarbeiterverbande gehörig sind, heimlich die hiesige Stadt verlassen habe“. Man habe bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Schon im Oktober 1901 hatte man gegen eine Streikleiter ein Verfahren wegen Unterschlagung von Streikgeldern führen müssen. StAB, NA, III/II C 3 Bd. VIII, S. 190; NL MT, PB (1896–1906), 28. 10. 1901.

⁵⁶ Ebd., PB (1906–1914), 26. 2. 1909; 23. 3. 1909; 19. 4. 1909. Die erste entsprechende Differenzierung findet sich im November 1899 mit der Gründung einer Beschwerdekommision, die die „Mißstände in einigen Betrieben“ sammeln sollte und „die Unregelmäßigkeiten [...] zur Anzeige zu bringen hat“. Ebd., PB (1896–1906), 9. 11. 1899.

⁵⁷ Ebd., PB (1906–1914), 15. 2. 1913.

⁵⁸ Ebd., 9. 9. 1909. Schon im Oktober 1902 diskutierte das Kartell – allerdings ergebnislos – die Notwendigkeit einer „Auskunftsperson als Schiedsrichter für Kartellangelegenheiten“. Ebd., PB (1896–1906), 22. 10. 1902.

⁵⁹ Ebd., PB (1906–1914), 15. 5. 1913. Bereits 1902 fanden gemeinsame Versammlungen von Vertretern der ostsächsischen Kartelle Neugersdorf, Löbau, Zittau, Bautzen und Großschönau statt, die sich später als Konferenz der Kartelle der Ober-Lausitz etablierten. Im April 1912 umfasste dieser Zusammenschluss 14 Gewerkschaftskartelle mit 17 404 Mitgliedern. Allerdings war Bautzen hier keineswegs erste Wahl, vielmehr hatten die Wunschorte Neugersdorf und Zittau die Übernahme der zentralen Leitung mehrfach abgelehnt. Und auch die Bautzener Gewerkschaften standen der Einrichtung eines Sekretariats für die Oberlausitz noch 1909 aus finanziellen Gründen skeptisch gegenüber. Ebd., PB (1896–1906), 22. 10. 1902; PB (1906–1914), 6. 1. 1909; 9. 9. 1909; 16. 4. 1912; 7. 3. 1913.

⁶⁰ Erst im Dezember 1920 konnte in der ersten Etage von Büttners Restaurant durch den freien Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) ein solches Sekretariat eingerichtet werden. SEBASTIAN VOGEL, *Das*

Anfang 1905 erfolgte der endgültige Umzug in Büttners Restaurant. Allerdings war auch das neue Domizil für Großveranstaltungen ungeeignet, sodass diese – etwa das Sommerfest oder die Maifeiern⁶¹ – weiterhin in verschiedenen anderen örtlichen Gasthöfen stattfanden. Überdies entwickelte sich Büttners Restaurant, vom Kartell zwar offiziell als „Vereinslokal“ bezeichnet,⁶² nur schrittweise zum Zentrum der sozialistisch orientierten Bautzener Arbeiterschaft und wurde nicht sofort von allen gewerkschaftlichen Organisationen angenommen. Ebenso blieb der private Besuch des Lokals hinter den Erwartungen des Wirts zurück. Im August 1905 sah sich das Kartell deshalb genötigt, gemeinsam mit der lokalen SPD ein Flugblatt auszuarbeiten, „damit der Verkehr im Arbeiterlokal etwas gehoben wird“. Auch in den folgenden Jahren war dieses Problem noch virulent, waren doch, so der Vorsitzende des Kartells im Mai 1907, „von den über 1800 Gewerkschaftsmitgliedern Sonntags Abend mitunter nur 15–20 anwesend“. Es sei deswegen die „Pflicht jedes Gewerkschaftsgenossen unser Verkehrslokal zu besuchen und Büttner für die finanziellen Opfer, welche er gebracht hat, kräftig zu unterstützen“. ⁶³ Im März 1906 kam es zudem zu einer heftigen Auseinandersetzung, als die Sattler erklärten, in ihrem alten Lokal zu bleiben, weswegen ihnen drei Jahre später gar vom Vorstand der Ausschluss aus dem Kartell angedroht wurde.⁶⁴ Auch den Bauhilfsarbeitern wurde, als sie im April 1909 ihre Veranstaltungen in einem anderen Lokal durchführten, vorgeworfen, „einen Keil in die Arbeiterbewegung hineinzutreiben“. ⁶⁵ Allerdings war dieses uneinheitliche Vorgehen vorrangig von allgemeinen Streitigkeiten um die Kompetenzen der Einzelgewerkschaften innerhalb des Kartells bzw. gegenüber der Leitung des Kartells bestimmt.⁶⁶ Das Zusammengehen der Bautzener Gewerkschaften – oder gar der ganzen Arbeiterschaft – durch das Vorhandensein eines gemeinsamen Lokals war in der Praxis offenbar schwer zu realisieren und vielleicht sogar zu ideal gedacht.⁶⁷ Es zeigt sich zudem, dass es offensichtlich innerhalb der Kartelle zu erheblichen Auseinandersetzungen kam und dass diese in Bezug auf ihre verfolgten Interessen alles andere als homogen waren.⁶⁸ Denn schließlich war der durchaus nicht zu verachtende Vorteil des Zusammenschlusses in einem Kartell immer auch mit Unterordnung und der Abgabe von Souveränität verbunden. Überdies bestanden nicht nur vertikale, sondern auch horizontale Konflikte zwischen den Teilgewerkschaften. Spätestens ab 1906 kam es beispielsweise

Bautzener Gewerkschaftshaus. Vom Gasthof zum Vereinshaus, in: DERS./STEINBERG, Aspekte (wie Anm. 5), S. 29–38, hier: S. 32.

⁶¹ Vgl. zur lokalen Fest- und Jubiläumskultur der freien Gewerkschaften in Bautzen vgl. SWEN STEINBERG, Gewerkschaftliche Feste in Bautzen, in: DERS./VOGEL, Neue Aspekte (wie Anm. 5), S. 58–68.

⁶² Vgl. beispielsweise NL MT, PB (1906–1914), 13.2.1906.

⁶³ Ebd., 3.5.1907.

⁶⁴ Ebd., PB (1896–1906), 25.8.1905; 10.6.1906; PB (1906–1914), 6.10.1909.

⁶⁵ Ebd., 19.4.1909.

⁶⁶ Zu Kompetenz und lokaler Binnenstruktur der Kartelle vgl. SCHÖNHOFEN, Expansion (wie Anm. 54), S. 263.

⁶⁷ Exemplarisch sei noch angeführt: NL MT, PB (1906–1914), 27.5.1908; 19.8.1909; 26.10.1912. In dieser Hinsicht dürfte auch die Entwicklung einer mitgliederstarken christlichen Gewerkschaftsrichtung in Bautzen von Bedeutung gewesen sein.

⁶⁸ Hinsichtlich des Leipziger Arbeitermilieus weist auch Thomas Adam in Bezug auf die soziale Zusammensetzung auf dessen Heterogenität hin. ADAM, Arbeitermilieu (wie Anm. 3), S. 321.

zu bisweilen heftig ausdiskutierten Grenzstreitigkeiten, bei denen es um die Zuordnung von Mitgliedern zu bestimmten Verbänden ging.⁶⁹

Infolge des späten Zusammenschlusses und dem nur schrittweisen Anwachsen der Mitgliederzahlen gelang es den freien Gewerkschaften in Bautzen erst verhältnismäßig spät, aktiv auf die Arbeits- und Lohnsituation in der Stadt einzuwirken. Es war jedoch nicht nur das konservative Klima der Stadt selbst, das die Entfaltung entsprechender Aktivitäten hemmte. Vielmehr dürften hier die staatliche Sozialgesetzgebung⁷⁰ wie auch die von Unternehmern initiierten betrieblichen Sozialmaßnahmen – etwa Konsumvereine, Sparkassen oder Versicherungen – von Bedeutung gewesen sein. Ziel dieser Maßnahmen war die Schaffung einer grundlegenden Loyalität der Arbeiter gegenüber dem Staat bzw. Unternehmen, die auch eine gewerkschaftliche Organisation und Streiks verhindern sollte.⁷¹ Wie erfolgreich diese Strategie bisweilen sein konnte, zeigt die Wirkung der umfangreichen Sozialmaßnahmen des Kupfer- und Aluminiumwalzwerkes Tietzens Eidam in Bautzen: Neben dem Werkwohnungsbau richtete das Unternehmen 1914 ein Arbeiter-Wohlfahrtsgebäude mit Bädern und Speisesaal ein und stiftete beispielsweise zu Jubiläen Geldgeschenke an die Belegschaft. So konnte das Unternehmen schließlich bei der Feier zum 100-jährigen Bestehen 1920 auf eine „unbewegte Zeit“ zurückblicken: „Noch keinen Tag, noch keine Stunde ist im Kupferhammer gestreikt worden. Streik und Aussperrung sind in den Annalen des Kupferhammers unbekannte Worte.“⁷² Derartige Maßnahmen waren jedoch oft eng mit der Zahl der Beschäftigten und der örtlichen Lage des Unternehmens verbunden. So dürften auch die konjunkturellen Schwankungen nach der Jahrhundertwende und das damit verbundene finanzielle Unvermögen der Unternehmen zur Institutionalisierung entsprechender Maßnahmen zu einem größeren Bedürfnis an Interessenvertretung bei den Arbeitern geführt haben,⁷³ die sich in den steigenden Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften wie auch in den verstärkten Streikaktivitäten deutlich zeigten.

⁶⁹ NL MT, PB (1906–1914), 16. 10. 1906; 27. 3. 1908; 30. 9. 1910; 15. 5. 1913; 17. 6. 1913; 2. 1. 1914.

⁷⁰ Von Oktober 1878 an wurde eine umfangreiche staatliche Sozialpolitik zur Versorgung der Arbeiter geplant, die in den folgenden Jahren in Form von Gesetzen umgesetzt wurde: 1883 Gesetz zur Krankenversicherung, 1884 Gesetz zur Unfallversicherung und 1889 Gesetz zur Alters- und Invaliditätsversicherung.

⁷¹ Ein Zusammenhang, der den freien Gewerkschaften durchaus bewusst war. Im November 1906 unterzog der Referent Wilhelm Lucke aus Neugersdorf beispielsweise in einer Kartellsitzung „besonders die Betriebs Krankenkasse einer scharfen Kritik und bezeichnet sie als ein Krabsschaden in der heutigen Arbeiterbewegung.“ Ebd., 3. 11. 1906. Zu den Motivstrukturen betrieblicher Sozialpolitik vgl. SWEN STEINBERG, Wirtschaftlich, politisch, sittlich-religiös – Motive betrieblicher Sozialpolitik am Beispiel des Papierfabrikanten Albert Niethammer in Kriebstein (1856–1908), in: Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Diskussion. Beiträge des Dresdner Kolloquiums 2005/2006, hrsg. von PETER E. FÄSSLER/SUSANNE SCHÖTZ, Frankfurt/Main u. a. 2008, S. 121–146, hier: S. 122–125.

⁷² Festschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Firma C.G. Tietzens Eidam in Bautzen am 9. Oktober 1920, Bautzen 1920, S. 29, 34f.; THOMAS ADAM, Soziale Sicherheit vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung in Leipziger und Dresdner Unternehmen, in: Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Diskussion. Beiträge des Dresdner Kolloquiums 2005/2006, hrsg. von ULRICH HESS/PETRA LISTEWNIK/MICHAEL SCHÄFER (Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens, Bd. 3), Leipzig 2003, S. 335–353, hier: S. 345–350.

⁷³ STEINBERG, Motive (wie Anm. 71), S. 129.

Entsprechend der späten Entwicklung einer freien Arbeitnehmervertretung kam es in Bautzen auch erst relativ spät zu einer umfassenden Anwendung des Druckmittels Streik.⁷⁴ Zwar wurden nach der Reichseinheit 1871 vereinzelte Arbeitsniederlegungen organisiert,⁷⁵ zwischen 1887 und 1899 fanden dann aber „in hiesigem Stadtbezirke Massenausstände, Aussperrungen und sonstige Lohnkämpfe von Arbeitern und Arbeitgebern“⁷⁶ nicht statt. Erst nach der Jahrhundertwende kam es in Bautzen vermehrt zu Streikaktivitäten, wenngleich deren Anzahl mit sieben bis 1913 noch stark im Rahmen blieb.⁷⁷ Qualitativ neu waren aber die zuweilen lange Dauer und die Anzahl der Beteiligten. Ende Januar 1906 legten beispielsweise 36 Tischler ihre Arbeit nieder und nahmen sie erst Ende April wieder auf. Im April 1910 kam es zudem zu einem Streik der Bauarbeiter, der erst Mitte Juni 1910 beigelegt werden konnte. Allein an diesem Ausstand waren 549 Arbeiter beteiligt; schon bei einem Streik im Mai 1906 hatten 396 Bauhilfsarbeiter die Arbeit verweigert.⁷⁸ Das Kartell leistete hierbei in erster Linie finanzielle Unterstützung und beriet die jeweiligen Teilgewerkschaften in ihrem Vorgehen. Und gerade in diesem Bereich wurde auf Seiten der organisierten Arbeiter durchaus mit ‚harten Bandagen‘ gekämpft, was exemplarisch der Bericht eines Bautzener Gendarms aus dem Jahr 1913 zeigen soll: Zwar sei die „Heranziehung des Militärs“ bisher noch nicht nötig gewesen. Allerdings wäre es bei zahlreichen Streiks „zu mündlichen und auch thätlichen Beleidigungen, sowie Verletzungen der Arbeitswilligen gekommen“. Die Streikenden hätten sich zum Teil gezielt zur Mittagszeit oder zum Feierabend postiert und die betreffenden Arbeiter „auf dem Heimwege“ abgepasst. Sie „setzten ihnen in jeder Weise derart zu, daß es in der Regel, wenn Polizei nicht sofort zur Stelle war, zu Streitigkeiten und schließlich zu Tätigkeiten kam“. Das gleiche haben sich auch morgens auf dem Weg zur Arbeit ereignet: „wenn die Arbeitswilligen vom Lande meist zu Rad nach der Stadt kamen, wurden sie von den Streikenden zu drei, vier und mehr Personen [...] an- bzw. aufgehalten und wenn nicht Polizei zur Stelle war, vielfach gewaltsam zur Umkehr gezwungen. Dabei sind wiederholt Arbeitswillige gewaltsam vom Rad gerissen und auch geschlagen worden“.⁷⁹ Jene ‚Arbeitswilligen‘, die

⁷⁴ Die finanzielle Unterstützung von Streikenden setzte allerdings eine entsprechende Mitgliederzahl voraus, die überhaupt erst die Handlungsspielräume in der Erreichung der eigenen Ziele eröffnete bzw. diese erweitern konnte, was sich für Bautzen anhand des Vergleiches der Jahre 1907 und 1908 deutlich zeigt: In dieser Phase stiegen die Unterstützungsmittel des freien Gewerkschaftskartells von 12.351,27 auf 21.61,70 Mark. Die Bautzener Gewerkschaften unterstützten hierbei allerdings nicht nur lokale Streiks, sondern auch solche an anderen Orten, für die sie Unterstützungsgesuche erhalten hatten – etwa 1897 den Hamburger Hafenarbeiterstreik mit gesammelten 344,30 Mark. NL PB (1896–1906), 4. 1. 1897; PB (1906–1914), 26. 2. 1909.

⁷⁵ Zu verweisen ist hier auf den bereits erwähnten Tischlerstreik 1871 und einen Streik der Maurer im Mai 1886, an dem sich 192 Arbeiter beteiligten. StAB, NA, III/II C 249, S. 1.

⁷⁶ Ebd., S. 18.

⁷⁷ Fünf dieser größeren Ausstände waren mit Lohnforderungen verbunden, was das Verhältnis von Einkommen und steigenden Lebenshaltungskosten in dieser Zeit dokumentiert. Zwar weist Erhard Hartstock zu Recht darauf hin, dass es nach 1871 zu einem „kontinuierlichen Anstieg der Einkommen“ in der Oberlausitz gekommen sei. Die Forderungen der Bautzener Gewerkschaften deuten aber darauf hin, dass dieser Anstieg nicht mit den realen Bedürfnissen deckungsgleich war; vgl. HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 329 f.

⁷⁸ StAB, NA, III/II C 249, S. 34.

⁷⁹ Ebd., S. 33. Diese Form der Auseinandersetzung war offenbar keine Seltenheit: Schon im Juli 1903 waren drei Zimmerleute während eines Streiks auf der Baustelle am Justizgebäude „wegen Beleidigung“ zu mehrtägigen Haftstrafen verurteilt worden. NL MT, PB (1896–1906), 17. 7. 1903.

gleichsam auf die Vielschichtigkeit der Bautzener Arbeiterschaft hindeuten, wurden dann auch gezielt durch die Unternehmer unterstützt. Und gerade letztere hatten eigene Mittel zur Reaktion auf die organisierten Arbeiter und deren Aktionen entwickelt. So stellte die Bautzener Möbelfabrik Töpfer und Eckl beispielsweise im März 1906 gezielt „Streikbrecher“ aus Schweinitz und Wilsdruff ein, andere Firmen nahmen vergleichsweise hohe Geldstrafen für das Fernbleiben von der Arbeit in ihre Arbeitsordnungen auf.⁸⁰ Oder die Unternehmer sperrten die streikenden Arbeiter kurzerhand aus dem Betrieb aus, wie etwa die schon genannten über 500 Bauarbeiter im April 1910.⁸¹ Und gerade jene Bauarbeiter sollten dann auch gezielt über die Unternehmerverbände an einer weiteren Anstellung gehindert werden. So publizierte der Bautzener Lokalverband des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe eine Namensliste der am Streik beteiligten Arbeiter, die er noch im April 1910 dem Stadtrat von Bautzen mit der Bitte übergab, „Leute, welche in dieser Liste aufgeführt sind, nicht zu beschäftigen und eventl. schon eingestellte wieder zu entlassen“.⁸²

Neben der Vertretung der Arbeiterinteressen repräsentierten die Gewerkschaften ebenso einen Teil des lokalen Milieus der Arbeiter. Und dies bedeutete nicht nur die gezielte Vernetzung und Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen aus dem eigenen politischen Spektrum,⁸³ sondern – bis zu einem gewissen Grad – auch Eigeninitiative. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei die zahlreichen Weiterbildungsangebote in Form

⁸⁰ StAB, NA, III/II C 68, S. 12; NL MT, PB (1906–1914), 1.2.1906. Als Beispiel für eine Bautzener Arbeitsordnung mit entsprechenden Passagen vgl. Von der Dampfspritze zu modernen Schienenfahrzeugen, hrsg. von Deutsche Waggonbau AG – Werk Bautzen, Bautzen 1996, S. 17. Der Umstand, dass bis 1918 in fast keinem Betrieb Bautzens am 1. Mai die Arbeit niedergelegt wurde, dürfte ein Ausdruck des Erfolges dieser unternehmerischen Strategie, gleichsam aber auch der späten Etablierung der freien Gewerkschaften gewesen sein. Denn auch die internen Aufrufe des Kartells, „den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern“, blieben in Bautzen weitgehend fruchtlos. Vermutlich waren hier die teilweise harten Strafen der Unternehmer in Bezug auf solch „eigenmächtiges fortbleiben“ vom Arbeitsplatz äußerst wirkmächtig. Darauf deutet jedenfalls eine Äußerung des Vertreters der Textilarbeiter hin, der 1897 bedauerte, „daß es seinen Kollegen nicht möglich sei, zu feiern. Da zur Zeit die Arbeit sehr drängt würden sie nicht den Tag frei bekommen u. zu einem ernstlichen Konflikt wollen sie es nicht kommen lassen“. Allerdings reagierten die freien Gewerkschaften auch auf diese Maßnahmen und gründeten beispielsweise in Bautzen 1901 einen Maßregelungsfonds zur Unterstützung von Streikenden, die von ihrem Arbeitgeber wegen Fernbleibens von der Arbeit mit Geldbußen belegt wurden. Zitate aus NL MT, PB (1896–1906), 14.3.1897; 1.4.1901; 7.10.1901.

⁸¹ StAB, NA, III/II C 249, S. 34. Eine der größten und in der Zeitdauer längsten Aussperrung in Sachsen fand von August 1903 bis Januar 1904 in Crimmitschau statt, als etwa 9 500 Textilarbeiter ausgesperrt wurden. Vgl. hierzu Streik. Crimmitschau 1903 – Bocholt 1913. Ein Lesebuch zu den Arbeitskämpfen in der Crimmitschauer und Bocholter Textilindustrie, hrsg. von ARNOLD LASSOTTA, Essen 1993; SEBASTIAN KRANICH, Christliche Symbolik und Metaphorik im Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903/1904, in: Herbergen der Christenheit 26 (2002), S. 55–70. Auch diese Streikenden wurden durch die Bautzener Gewerkschaften unterstützt. Vgl. NL MT, PB (1896–1906), 2.9.1903.

⁸² StAB, NA, III/II C 3 Bd. IX, S. 134 f.

⁸³ Hierzu zählten in Bautzen neben der SPD und deren Wahlverein vor allem der Arbeitergesangsverein Lied hoch, der Arbeiter-Stenographenbund, der Arbeitersamariterbund, der Arbeiter-Abstinentenbund, der Arbeiter-Radfahrverein Frisch auf und der Arbeiterturnverein, die immer wieder an der Umsetzung eigener Feierlichkeiten beteiligt waren oder deren Arbeit man gezielt unterstützte – etwa durch Mitgliederwerbung, den Aufruf zur Teilnahme an Veranstaltungen oder, hier vor allem den Wahlverein der SPD und die Arbeitersamariter, durch finanzielle Mittel aus der eigenen Kasse. Vgl. hierzu NL MT, PB (1896–1906), 2.11.1899; 11.1.1900; 9.4.1902; 28.5.1902; PB (1906–1914), 3.1.1907; 28.10.1909; 21.12.1909; 3.2.1910.

von Vorträgen und Bildungskursen, damit „das geistige Leben ein reges werde“.⁸⁴ So hielt beispielsweise 1906 der Dresdner Arbeitersekretär Hermann Duncker (1874–1960) einen Vortrag über „Zweck & Nutzen des Kartells & des Arbeitersekretariats“,⁸⁵ darüber hinaus wurden Lichtbildervorträge über die „Russische Revolution“, „Vulkan und Erdbeben“ und die „Balkanhalbinsel“ organisiert.⁸⁶ Im November 1907 fand im Bautzener Bürgergarten eine mit dem Dürerbund organisierte Ausstellung statt, die mit dem Vortrag „Die Arbeiter und die Kunst“ eröffnet wurde.⁸⁷ Zudem wurden den Mitgliedern „bildende und wissenschaftliche Vorträge“, etwa über „Die Elektrizität im Dienste der Menschheit“, „Cultur und Arbeit“ oder „Luftschiffe und Luftschifflosten“, sowie Fortbildungskurse des sozialdemokratischen Lehrers und Referenten Otto Rühle (1874–1943), beispielsweise 1907 über „Jugendliteratur“, angeboten.⁸⁸ Um den Aspekt der Weiterbildung zu stärken, unterhielt das Bautzener Kartell auch eine Bibliothek mit Bibliothekar⁸⁹ und gründete 1909 einen gewerkschaftlichen Jugendbildungsverein.⁹⁰ Ebenso gehörten kulturelle Veranstaltungen zum Programm – etwa „Volksvorstellungen“ von Operetten und Theater mit gesellschaftskritischen Stücken wie „Die Ehre“ von Hermann Sudermann (1857–1928) oder „Die im Schatten Leben“ von Emil Rosenow (1871–1904).⁹¹ Überdies wurden ab 1909 im örtlichen Kino Metropol ermäßigte Vorstellungen und ab 1913 Gesellschaftsfahrten angeboten, die beispielsweise Meißen und das Zittauer Gebirge zum Ziel hatten, seit 1911 unterhielt das Kartell eine eigene Kegelbahn in Bautzen.⁹² Ebenso waren die freien Gewerkschaften aufgrund ihrer politischen Nähe in das sozialdemokratische Milieu der Stadt und dessen Vereinswesen – vorrangig Sport- und Bildungsvereine – eingebunden und organisierten zu Landtags- und Reichstagswahlen Veranstaltungen für die SPD. Der lokale Wahlverein der Sozialdemokraten war sogar mit einer Stimme im Kartell vertreten

⁸⁴ Ebd., 3. 3. 1907. Vgl. zum Zusammenhang von Bildung und Arbeiterbewegung KLAUS TENFELDE, Wissen ist Macht, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, hrsg. von ETIENNE FRANÇOIS/HAGEN SCHULZE, München 2001, S. 40–54.

⁸⁵ NL MT, PB (1906–1914), 13. 2. 1906; 28. 10. 1906; 10. 9. 1913. Zu Hermann Duncker vgl. RUSSIG, Volkshaus (wie Anm. 3), S. 30.

⁸⁶ NL MT, PB (1906–1914), 9. 12. 1906.

⁸⁷ Ebd., 20. 10. 1907.

⁸⁸ Ebd., 3. 3. 1907; 20. 10. 1907; 6. 8. 1908; 20. 8. 1908; 7. 9. 1909. Zu Otto Rühle vgl. GERD STECKLINA, Otto Rühle als Wanderlehrer der SPD, in: Dresdner Hefte 80 (2004) H. 4: Das „Rote Königreich“ und sein Monarch, S. 58–63.

⁸⁹ NL MT, PB (1906–1914), 3. 1. 1907. Diese Bibliothek enthielt zuerst nur Unterhaltungsliteratur, die Fachliteratur der einzelnen Gewerbe blieb bei den Teilgewerkschaften. Im Januar 1914 kam es zu einer Initiative, eine „Zentralbibliothek“ des Kartells einzurichten. Überdies unterhielt das Kartell zahlreiche Zeitungsabonnements, neben der sozialdemokratischen Presse waren hierunter beispielsweise auch verschiedene „Gewerbebeurichtungsblätter“. Ebd., PB (1896–1906), 18. 7. 1901; PB (1906–1914), 28. 1. 1914.

⁹⁰ Ebd., 21. 12. 1909. Gerade jene Anstrengungen um die Arbeitsjugend wurden von den Behörden der Stadt und dem konfessionellen Vereinswesen sehr kritisch eingeschätzt. Ebd., 19. 7. 1912; JAN MAHLING, Die evangelische Kirche – Gemeindegeschichte seit 1523, in: Von Budissin nach Bautzen. Beiträge zur Geschichte der Stadt Bautzen, Bautzen 2002, S. 122–133, hier: S. 127.

⁹¹ NL MT, PB (1906–1914), 12. 3. 1906; 14. 12. 1910; 26. 10. 1912. Zu Hermann Sudermann und Emil Rosenow vgl. BÄRBEL BEUTNER, Hermann Sudermann. Dramatiker und Erzähler, Hamburg 1995; WOLFGANG HÖPPNER, Emil Rosenow in Chemnitz. Ein Schriftsteller und das literarisch-kulturelle Leben einer Industriestadt um die Jahrhundertwende, Hamburg 1994.

⁹² NL MT, PB (1906–1914), 14. 10. 1911; 7. 12. 1912; 13. 8. 1913.

und erhielt immer wieder finanzielle Unterstützung von den freien Gewerkschaften.⁹³ Zudem richtete das Kartell öffentliche soziale Einrichtungen ein bzw. unterstützte solche. Im September 1909 finanzierte es beispielsweise eine Wärmstube in Büttners Restaurant, um den „materiellen Schäden der Arbeiter entgegenzutreten“. Im Jahr zuvor wurde Geld „für das Genesungsheim der hiesigen Krankenkasse“ gespendet.⁹⁴ 1912/13 setzte sich das Kartell überdies ernsthaft mit Überlegungen auseinander, sich im Bereich des sozialreformerischen Wohnungsbaus zu engagieren und in Bautzen eine Gartenstadt nach dem Vorbild Dresden-Hellerau zu errichten.⁹⁵

Diese Maßnahmen brachten zwangsläufig die Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen und Organisationen mit sich. Dies konnte aber auch zu internen Verwerfungen führen, wie die Auseinandersetzung um das Auftreten der Arbeiter beim Besuch des eigenen Lokals im Mai 1904 aufzeigt: Der Vertrauensmann der Metallarbeiter bemerkte kritisch, dass die besser verdienenden und deswegen gut gekleideten „Salon-Arbeiter“ dieses Lokal nicht besuchen würden. Dem wurde entgegnet, dass es selbstverständlich sei, dass „wenn die Arbeiter das Local besuchen dies möglichst in sauberer Kleidung thun möchten und nicht wie früher es geschehen in schmutzigem Zustande“. Dann sei auch garantiert, „das sich diese in Manschetten und Kragen arbeitenden Arbeiter das Local [nicht nur] von draußen ansehen“.⁹⁶ Jener als „Kastengeist“⁹⁷ bezeichnete Konflikt zwischen Arbeitern und Angestellten, der durch eine entsprechende Lohn- und Sozialpolitik in den Unternehmen befördert wurde und die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen vor allem in der Weimarer Republik stark beeinflusste, zeigte sich demnach auch in Bautzen schon kurz nach der Jahrhundertwende.⁹⁸ Allerdings war dieser Konflikt auch von der Frage der Selbstdefinition und damit der

⁹³ Ebd., PB (1896–1906), 21. 9. 1905; PB (1906–1914), 29. 6. 1908. Allerdings wurde diese Nähe zur SPD nicht immer uneingeschränkt positiv gesehen. Im März 1907 beschwerten sich die Vertrauensmänner der Teilgewerkschaften in einer gemeinsamen Sitzung beispielsweise, dass „das Kartell sehr unter dem Einfluß des Wahlvereins gestanden“ habe und forderten, dass dieser seine beratende Stimme im Kartell abgeben solle. Ebd., 3. 3. 1907. Vgl. allgemein zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich SPD und Gewerkschaften, Bd. 1: Zur Geschichte eines Bündnisses, hrsg. von JOCHEM LANGKAU/HANS MATTHÖFER/MICHAEL SCHNEIDER, Bonn 1994, S. 13–32.

⁹⁴ NL MT, PB (1906–1914), 29. 1. 1908; 13. 2. 1908; 7. 5. 1908; 26. 2. 1909; 7. 9. 1909. Auch hierbei handelte es sich um ein ‚gewerkschaftstypisches Engagement‘. In Dresden wurde beispielsweise ebenfalls 1909, hier auf Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordneten, eine Wärmstube im Gewerkschaftshaus eröffnet. Arbeiterführer (wie Anm. 37), S. 205.

⁹⁵ NL MT, PB (1906–1914), 7. 12. 1912; 15. 5. 1913. Offiziell gründete sich die Gartenstadtverein Bautzen am 8. Dezember 1913. Ebd., 3. 12. 1913. Vgl. hierzu KLAUS-PETER ARNOLD, Vom Sofakissen zum Städtebau. Die Geschichte der Deutschen Werkstätten und der Gartenstadt Hellerau, Dresden 1993, S. 329–382.

⁹⁶ NL MT, PB (1896–1906), 14. 5. 1904. Zur Milieutrennung in Bezug auf die ‚Kneipe‘ vgl. DRÖGE/KRÄMER-BADONI, Kneipe (wie Anm. 40), S. 114–119.

⁹⁷ NL MT, PB (1896–1906), 17. 5. 1904.

⁹⁸ Thomas Adam weist zu Recht darauf hin, dass die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten oftmals unerheblich waren, da auch deren Einkommensverhältnisse nicht weit über denen der ‚normalen Arbeiter‘ lagen. Hier gelte es deswegen vielmehr nach der Selbstwahrnehmung jener Gruppe zu fragen, die sich eben in der bewussten – in dem Fall äußeren – Distinktion zeigt und die hier zum Konflikt führte. Jene Trennung schlug sich schon vor 1914 in der Gründung von Angestelltengewerkschaften nieder, die es auch in der Weimarer Republik in allen drei großen Gewerkschaftsrichtungen gab. ADAM, Arbeitermilieu (wie Anm. 3), S. 105. Zur Stellung der Angestellten in Industrieunternehmen vgl. TONI PIERENKEMPER, Arbeitsmarkt und Angestellte im Deutschen Kaiserreich 1880–1913. Interessen und Strategien als Elemente der Integration eines

klaren Abgrenzung gegenüber dem städtischen Bürgertum bestimmt, die immer wieder Thema interner Diskussionen war – etwa, wenn sich Arbeiter in bürgerlichen Vereinen engagierten oder gar deren Presse lasen.⁹⁹ Im Juli 1911 monierte ein Delegierter beispielsweise „das Verhalten organisierter Arbeiter in den bürgerlichen Vereinen, die jetzt sogar auf den Unfug des Manöverspiels verfallen“.¹⁰⁰ Im Dezember desselben Jahres wurde der Delegierte der Buchdrucker heftig gerügt, da er „für die schäbigsten Feinde der organisierten Arbeiter, die Bautzner Nachrichten, Abonnenten“¹⁰¹ geworben hatte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bedeutete auch für die Bautzener Gewerkschaftsbewegung einen ersten Einschnitt in die seit 1890 vollzogene Entwicklung. Schließlich war dies mit der Einberufung von zahlreichen Mitgliedern und vor allem Funktionären verbunden, die Schlüsselstellungen in der lokalen Organisation und den Betrieben innehatten. Zudem brachte der Krieg einen Zuwachs an Arbeit: Waren etwa 1908 in Bautzen noch rund 1.200 Menschen ohne Arbeit, so sank diese Zahl mit dem Beginn des Krieges. Im April 1915 waren in Bautzen erstmals mehr offene Stellen als Arbeiter vorhanden.¹⁰² Und unter den Bautzener Heereslieferanten waren nachweislich auch solche Firmen mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad.¹⁰³ Dieser allgemeine wirtschaftliche Aufschwung und nicht zuletzt die nationale Begeisterung der ersten Kriegsjahre entzogen den sozialistisch orientierten gewerkschaftlichen Organisationen den Boden.¹⁰⁴ Schließlich hatte auch in Bautzen der nationale ‚Burgfrieden‘ großen Rückhalt im sozialdemokratischen Lager gefunden.¹⁰⁵ Am 30. Juli 1914, zwei Tage nach

segmentierten Arbeitsmarktes (Vierteljahresschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Beihefte 82), Stuttgart 1987, S. 17–25; GÜNTHER SCHULZ, Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert, Oldenburg 2000, S. 13–20.

⁹⁹ Allerdings wirkte das städtische Bürgertum, wie Thomas Adam für Leipzig nachweisen kann, durchaus prägend auf die Arbeiterbewegung, die teilweise Formen der Praxis von bürgerlichen Vereinen und Institutionen übernahm. THOMAS ADAM, Wie bürgerlich war das sozialdemokratische Milieu?, in: COMPARATIV 9 (1999) H. 2, S. 30–42, hier: S. 42.

¹⁰⁰ NL MT, PB (1906–1914), 19. 7. 1911. Vgl. hierzu JÜRGEN SCHMIDT, Begrenzte Spielräume. Die Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 165), Göttingen 2005, S. 238–242.

¹⁰¹ NL MT, PB (1906–1914), 18. 12. 1911. Allerdings nutzte das Kartell die örtlichen „bürgerlichen Zeitungen“ durchaus zur Werbung für eigene Veranstaltungen. Ebd., 29. 1. 1908; 6. 1. 1909; 18. 6. 1909.

¹⁰² StAB, NA, I/V i.93, S. 2; III/III L 51, S. 38.

¹⁰³ Hierunter zählten etwa die Metallarbeiter, die schon 1905 in Bautzen circa 300 organisierte Arbeiter hatten und 1911 bereits über ein eigenes Verbandsbüro in Bautzen verfügten. Auch die Holzarbeiter waren frühzeitig organisiert, im Oktober 1904 wurden etwa 200 Arbeiter allein durch das freie Gewerkschaftskartell vertreten. NL MT, PB (1906–1914), 20. 10. 1904; 16. 2. 1905; 24. 7. 1911.

¹⁰⁴ Wenngleich dies ein ambivalentes Wachstum war, bedeutete doch die Einberufung der männlichen Arbeiter einen Wandel in der Beschäftigungsstruktur und ein Absinken des Lohnniveaus. Hinzu kamen durch die zentrale Kriegswirtschaft bedingte Mangelerscheinungen, insbesondere in der Nahrungsmittelversorgung. Für die sächsische Oberlausitz vgl. HARTSTOCK, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 12), S. 360–368.

¹⁰⁵ Die Reichsregierung wie auch der deutsche Kaiser hatten mit dem Ausbruch des Krieges den inneren ‚Burgfrieden‘, also die innere Einheit des deutschen Volkes, angemahnt. Wilhelm II. (1859–1941) fasste dies in seiner Thronrede vom 4. August 1914 mit den Worten, er kenne „keine Parteien mehr“, sondern „nur noch Deutsche“, zusammen. Die Leitungsgremien der freigewerkschaftlichen Verbände auf Reichsebene hatten bereits zwei Tage zuvor erklärt, während des Krieges auf Arbeitskämpfe und Lohnforderungen zu verzichten. Die Reichstagsfraktion der SPD folgte dieser Entscheidung und stimmte am Tag der kaiserlichen Thronrede für die Bewilligung der Kriegskredite. LUDGER GREVELHÖRSTER, Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches. Geschichte und Wirkung, Münster 2004, S. 39.

dem Attentat von Sarajevo,¹⁰⁶ fand vermutlich die letzte politische Veranstaltung statt. Der in Bautzen geborene Reichstagsabgeordnete Wilhelm Buck (1869–1945) sprach vor ca. 1 000 Personen zum Thema „Nieder mit dem Krieg“, rief allerdings „in ruhigem Ton zu Ruhe u. Besonnenheit“ auf.¹⁰⁷ Wie stark dies wurzelte bzw. wie wenig sich das Milieu in Bautzen möglicherweise auch auf diese Situation vorbereitet hatte,¹⁰⁸ zeigt ein im Oktober 1914 erstellter Bericht des Stadtrates an die Kreishauptmannschaft. Dort wurde erläutert, die Erklärung des Kriegszustandes habe bei den örtlichen Sozialdemokraten zu „völliger Umwandlung ihrer bisherigen Gesinnung“ geführt und dass sie „gleich der übrigen Bevölkerung allgemeine Begeisterung und Opfermut für den uns aufgezwungenen Krieg an den Tag legten“.¹⁰⁹ Ein örtlicher Polizist berichtete zudem, „der Führer der hies. sozialdemokratischen Partei“ habe beim Abmarsch der Truppen dem örtlichen Kriminalwachtmeister gegenüber „in freundlichem Tone geäußert: Na Adieu Herr Wachtmeister! Wenn man uns auch als vaterlandslose Gesellen bezeichnet hat, so wollen wir doch beweisen, dass wir vaterlandstreue Leute sind“.¹¹⁰

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in der überkonfessionellen Stadt

Obwohl sich auch nach der Jahrhundertwende noch ein großer Teil der Bevölkerung Sachsens zum evangelisch-lutherischen Glauben bekannte,¹¹¹ gab es – ähnlich dem gesamten Reich – bis in die 1890er im Königreich keine nennenswerte christliche Gewerk-

¹⁰⁶ Zur ‚Julikrise‘ und zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. ebd., S. 26–39.

¹⁰⁷ StAB, NA, III/II C 3 Bd. IX, S. 181. Im Oktober 1914 sprach Buck erneut in Bautzen und erläuterte den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins für den dritten sächsischen Reichstagswahlkreis „Die Einwirkungen des Krieges auf die Rechte u. Pflichten der Arbeiterschaft“, womit er den von der Reichstagsfraktion mitgetragenen ‚Burgfrieden‘ in Bautzen untermauerte. Die Versammlung verlief, so der beobachtende Polizist, ruhig und ohne Aussprache nach dem Vortrag. Ebd., C 65 Bd. II, S. 3. Zu Buck vgl. MIKE SCHMEITZNER, Wilhelm Buck – Moderator des „linksrepublikanischen Projekts“ (1920–1923), in: Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter des Extremismus 1919–1952, hrsg. von DERS./ANDREAS WAGNER, Beucha/Dresden 2006, S. 89–124.

¹⁰⁸ Die Protokollbücher der freien Gewerkschaften enden mit dem Eintrag vom 28. Januar 1914, weswegen sich Aktivitäten und Positionierung im Vorfeld des Krieges nicht rekonstruieren lassen. Es ist aber anzunehmen, dass auch in Bautzen Fragen des Militarismus und des möglichen Krieges erörtert wurden. Vermutlich war das Bautzener Milieu aber stärker durch die örtliche Situation als Garnisonsstadt geprägt. Jedenfalls kam es in der Stadt, anders als beispielsweise in Zittau, Ende Juli/Anfang August 1914 nicht zu Antikriegskundgebungen, die das Bild der ‚Kriegsbegeisterung‘ im Sommer 1914 in jedem Fall relativieren. Vgl. hierzu RUDOLPH, Sozialdemokratie (wie Anm. 3), S. 92–94; SIMONE LÄSSIG, Sozialdemokratisches Friedensengagement, Julikrise und der 4. August 1914 in Ostachsen, in: GREBING/MOMMSEN/RUDOLPH, Demokratie (wie Anm. 3), S. 147–170, hier: S. 157, 161, 167.

¹⁰⁹ StAB, NA, III/III L 51, S. 13.

¹¹⁰ Ebd., S. 2.

¹¹¹ 1910 lag dieser Wert beispielsweise bei 93,6 Prozent der Einwohner. RUDOLPH, Sozialdemokratie (wie Anm. 3), S. 41; LUCIAN HÖLSCHER, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland, München 2005, S. 222–225. Vgl. zur Bedeutung der evangelischen Konfession im 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie zur religiösen Praxis in Bautzen MAHLING, Kirche (wie Anm. 90), S. 125–127; LUCIAN HÖLSCHER, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Berlin/New York 2001, S. 536, 569f., 588f., 608, 629f.

schaftsbewegung. Und auch der in der Kreishauptmannschaft Bautzen verhältnismäßig hohe Anteil römisch-katholischer Gläubiger reichte offensichtlich nicht aus,¹¹² um bis zur Jahrhundertwende eine einflussreiche christliche Gewerkschaft oder gar den politischen Katholizismus zu etablieren.¹¹³ Überdies finden sich auch keine Hinweise auf eine gesonderte Interessenvertretung der sorbischen Arbeiter, wenngleich es in diesem Bereich offensichtlich Bestrebungen gab. So merkte im Oktober 1910 ein Vertreter des freien Kartells an, dass es schwierig sei, „hier bei uns Gefühl mit der wendischen Bevölkerung zu haben, betreff Gründung einer Organisation“.¹¹⁴

Die Zeit des Kulturkampfes in der überkonfessionellen Stadt Bautzen ist bisher nicht eingehend untersucht. Dass es aber insbesondere auf diesem Feld zu Konflikten kam, die nicht zuletzt durch die Reichsebene und den protestantischen Nationalismus überlagert waren, dürfte außer Zweifel stehen.¹¹⁵ Exemplarisch sei hier die Auseinandersetzung um das Kinderheim der Borromäerinnen angeführt, in dem jene offensichtlich in der Bürgerschaft der Stadt vorhandenen Konfliktlinien deutlich zu Tage traten. Der katholische Schwesternorden hatte 1885 die Erlaubnis erhalten, sich in der Stadt zur Krankenpflege anzusiedeln. Im Februar 1909 bemühte sich dann der Vincentius-Verein Bautzen erfolgreich um die Errichtung eines katholischen Kinderhortes, in dem zwei weitere Schwestern des Ordens Anstellung fanden. Ende November 1913 lancierten aber „zahlreiche protestantische Bürger der Stadt Bautzen“ einen Artikel in die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, in dem sie die Niederlassung der Borromäerinnen in Bautzen als „Proselytenmache“ und als mit der sächsischen Verfassung nicht vereinbar monierten. Nachdem in den vergangenen Tage herausgekommen sei, „daß sich die Borromäerinnen den Luxus gestatten, Knaben aus evangelischen Familien der ärmeren Bevölkerung heranzulocken und ihnen einen Morgenkaffee zu schenken, sie aber gleichzeitig zu verleiten, daß sie das katholische Gebet ‚Ave Maria‘ mitbeten und sie ferner mit Heiligenbildern ausstatten, so müssen wir Protestanten Verwahrung einlegen“. Denn schließlich „geschieht dies nicht etwa im „finsternen“ Tirol oder Bayern, sondern im herrlichen evangelischen Sachsen, wo die armen Katholiken nach Angaben der ultramontanen Presse so sehr

¹¹² 1917 waren mehr als 3.600 Einwohner der Stadt Bautzen Mitglied der katholischen Kirche, die Stadt selbst war mit zahlreichen Einrichtungen und Organisationen – das katholische Lehrerseminar und ein dichtes Vereinswesen sowie mehrere Kirchen und eine Waisen- und Kommunikantenanstalt – von zentraler Bedeutung für die Oberlausitz. SIEGFRIED SEIFERT, Die katholische Kirche nach der Reformation, in: Von Bautzen nach Budissin, Bautzen 2002, S. 110–121, hier: S. 116–119.

¹¹³ In diesem Zusammenhang sei noch auf die jüdische Glaubensgemeinschaft verwiesen: 1884 wurde mit der Gründung der Jüdischen Vereinigung in Bautzen der Grundstein der jüdischen Religionsgemeinde gelegt, die sich allerdings nie zu einer quantitativ bedeutsamen Gemeinde in der sächsischen Oberlausitz entwickelte. Auch bestand in Bautzen bis 1933 keine Synagoge. Vgl. hierzu SOLVEJG HÖPPNER, „Ostjude ist jeder, der nach mir kommt ...“. Jüdische Einwanderer in Sachsen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 2), Leipzig 1998, hrsg. von WERNER BRAMKE/ULRICH HESS, S. 343–369, hier S. 348; Griebel, Antijudaismus (wie Anm. 23), S. 95, 102.

¹¹⁴ NL MT, PB (1896–1906), 8. 10. 1900. Es ist dies der einzige Hinweis, der sich in dieser Hinsicht in den Protokollbüchern und Akten findet. Vgl. zum Zusammenhang von Konfession und sorbischer Minderheit MARTIN WALDE, Die konfessionellen Milieus und die Assimilierung der Sorben, in: Zeitschrift für Volkskunde 102 (2006) II, S. 221–238.

¹¹⁵ Für die Zeit vor der Reichsgründung sei hier auf die Auseinandersetzung um die „Domfrage“ verwiesen. Vgl. SEIFERT, Kirche (wie Anm. 112), S. 116 f.

bedrängt werden!“ Und die ‚evangelische Antwort‘ erfolgte prompt: Am 8. Dezember 1913 berichten die „Bautzener Nachrichten“, dass binnen drei Tagen ein evangelisches Kinderheim gegründet worden sei, um die 43 evangelischen Kinder, die das katholische Heim „seit kürzer oder länger, zum Teil seit fünf Jahren besuchen“, unterzubringen. Die Stadt selbst enthielt sich eines Kommentars zum Vorwurf der „Proselytenmache“ – nicht zuletzt, weil es sich bei dem Vorsitzenden des Vincentius-Vereins, Justizrat Ziesch, um eine „in der ganzen Stadt hochgeschätzte Persönlichkeit“ handelte. Die auf den konfessionellen Frieden in der Stadt bedachte Verwaltung zeigte sich nur verwundert, dass weder der Verein noch das Domstift Meißen Mitteilung über die erhebliche Zahl evangelischer Kinder gemacht habe. Und während die Auseinandersetzung auf Stadtebene damit beigelegt war, nutzten nationalprotestantische Organisationen wie der „Evangelische Bund“ das Thema bis in den Sommer 1914.¹¹⁶

Entsprechend der Entwicklung im gesamten Kaiserreich kam auch in Bautzen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Spektrum der liberalen und freien Gewerkschaftsorganisationen die christliche Gewerkschaftsbewegung hinzu.¹¹⁷ Im November 1901 wurde der „Evangelische Arbeiterverein für Bautzen und Umgegend“ gegründet, dem drei Jahre später etwa 600 Mitglieder angehörten und der 1906 der viertgrößte im Königreich Sachsen war.¹¹⁸ Auf der Grundlage dieses evangelischen Arbeitervereins bildete sich dann mit den christlichen Gewerkschaften eine Vertretung der Arbeiter mit konfessionsübergreifendem Charakter,¹¹⁹ die sich bis zum Ersten Weltkrieg zu einem ‚neuen Gegner‘ der freien Gewerkschaften entwickeln sollte. Neben einem christlich-nationalen Arbeitersekretariat, das hauptsächlich durch einen örtlichen Kaufmann finanziert wurde,¹²⁰ existierte bereits 1913 ein Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften von Bautzen und Umgegend, welches die „geistliche und gewerbliche Ausbildung seiner Mitglieder,

¹¹⁶ Alle Zitate sowie der gesamte Sachverhalt in StFilAB, Nr. 1939, S. 101 f., 121–124, 191. Zum Evangelischen Bund vgl. ARNIM MÜLLER-DREIER, *Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreiches. Der Evangelische Bund 1886–1914* (Religiöse Kulturen der Moderne, Bd. 7), Gütersloh 1998.

¹¹⁷ In Sachsen gab es besonders zwischen 1902 und 1904 umfangreiche Werbeaktionen für die Gründung konfessioneller Arbeitervertretungen. HERMANN VOIGT, *Die christlich-nationalen Gewerkschaften im Königreich Sachsen*, Dresden 1918, S. 6. Vgl. zu den christlichen Verbänden allgemein SCHÖNHOFEN, *Gewerkschaften* (wie Anm. 26), S. 72–76; MICHAEL SCHNEIDER, *Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982.

¹¹⁸ StAB, NA, III/II C 105, S. 6, 48; C 224, unpag.; Adressbuch der Stadt Bautzen 1905, Bautzen 1905, S. 223. Vor der Jahrhundertwende bestand in Bautzen bereits eine reichhaltige lokale christliche Vereinslandschaft, in erster Linie handelte es sich aber um Gesangs- und Wohltätigkeitsvereine. Vgl. zu den evangelischen Arbeitervereinen in Sachsen allgemein KRANICH, *Vereinigung* (wie Anm. 3), S. 99–107.

¹¹⁹ Hierbei scheint es sich um ein Spezifikum der Oberlausitz zu handeln, dies deuten jedenfalls die von Sebastian Kranich geschilderten Konflikte um die Gründung von christlichen Gewerkschaften und die Anerkennung der evangelischen Arbeitervereine innerhalb der Sächsischen Evangelisch-Sozialen Vereinigung nach der Jahrhundertwende an. Vgl. ebd., S. 93 f. Die christlichen Gewerkschaften waren nach 1918 in Bautzen wie in ganz Deutschland eng mit den lokalen Strukturen des in Sachsen weitgehend politisch bedeutungslosen katholischen Zentrums verbunden. So war beispielsweise 1925 der Gewerkschaftssekretär des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Paul Scheffel, gleichzeitig zweiter Vorsitzender der Christlichen Volkspartei (Zentrum), Ortsgruppe Bautzen und zudem Stadtverordneter für diese. Einwohnerbuch für Bautzen, Bautzen 1925, S. 309.

¹²⁰ NL MT, PB (1906–1914), 30.6.1913. Vgl. allgemein zu den christlichen Gewerkschaften in Sachsen und deutschlandweit VOIGT, *Gewerkschaften* (wie Anm. 117); BERNHARD KOCH, *100 Jahre Christliche Gewerkschaften. Historisches – Grundsätzliches – Erlebtes*, Würzburg 1999.

sowie die sittliche, soziale und materielle Hebung derselben auf christlicher und gesetzlicher Grundlage“ zum Ziel hatte.¹²¹ Dieses Kartell fungierte 1913 als Dachverband für acht christliche Verbände,¹²² die sich bis 1913 in Bautzen und der Umgebung gegründet hatten. Damit waren die christlichen Gewerkschaften binnen kurzer Zeit mit den liberalen Gewerkvereinen in Bautzen gleichgezogen, die zu diesem Zeitpunkt dieselbe Zahl an Teilgewerkschaften vertraten.¹²³

Die christlichen Gewerkschaften profitierten vor allem von der Anbindung an das städtische Bürgertum und Vereinswesen sowie vom Zugang zu den lokalen Strukturen der Kirche. So konnten sie beispielsweise sofort nach Gründung ihr Sekretariat im Haus des „Christlichen Vereins junger Männer“ (CVjM) einrichten.¹²⁴ In diesem als evangelisches Vereinshaus bezeichneten Gebäude hatten auch andere Vereine des konfessionellen Spektrums ihren Sitz, etwa die christlichen Turner.¹²⁵ Neben der infrastrukturellen Hilfe bedeutete die Nähe der christlichen Vereine zum städtischen Bürgertum aber auch eine Unterstützung hinsichtlich der Aquse neuer Mitglieder. Im Mai 1902 sagte der Bautzener Stadtrat dem CVjM auf Anfrage zu, die Adressen der „zuziehenden jungen Leute im Alter von 14–21“ mitzuteilen, damit dieser Kontakt mit ihnen aufnehmen und sie zu den Veranstaltungen einladen konnte.¹²⁶ Ein Umstand, der beim politischen Gegner auf Missfallen stoßen musste, war doch damit auch eine indirekte Begünstigung der christlichen Gewerkschaften verbunden. Auf einer Versammlung des freien Holzarbeiterverbandes im Mai 1904 erregte sich ein Tischler, dass er einige zugezogene junge Handwerker kenne, die „gleich nach ihrer Ankunft von einem Mitgliede des hiesigen Vereins ‚junger christlicher Männer‘ agitiert worden [sind]. Befragt woher er die Ankunft der jungen Handwerker wisse, habe der betr. Agitator erwidert: ‚Von oben‘, die Polizei meinend. Dies dürften nur diese“.¹²⁷

Jene Zugehörigkeit zu den entsprechenden Vereinen und Verbänden entwickelte sich nach der Jahrhundertwende in Bautzen zu einer Milieugrenze zwischen den lokalen

¹²¹ Bautzner Adreßbuch 1913/14, Bautzen o.J., S. 354. Hermann Voigt beschrieb die Aufgaben der christlichen Ortskartelle 1918 wie folgt: „Bestehen an einem Ort mehrere Verbände, so werden diese in der Regel zusammengefaßt zu einem Ortskartell. Diesem liegt die allgemeine Förderung der Bewegung am Orte, die Durchführung größerer Veranstaltungen, die Einflußnahme auf sozial- und kommunalpolitische Angelegenheiten und dergleichen Aufgaben ob. Solche Kartelle wurden gebildet in Dresden, Leipzig, Plauen, Bautzen, Meißen, Ostritz, Schirgiswalde, Leutersdorf“. VOIGT, Gewerkschaften (wie Anm. 117), S. 9 f.

¹²² Adressbuch (wie Anm. 121), S. 354; In diesem Bezirkskartell waren folgenden Verbände zusammengeschlossen: Christlicher Metallarbeiter-Verband, Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Zentralverband christlicher Textilarbeiter, Zentralverband christlicher Lederarbeiter, Verband für das graphische Gewerbe, Christlicher Bauarbeiter-Verband, Christlicher Bauarbeiter-Verband Radibor sowie der Verband christlicher Maler und verwandter Berufsgenossen.

¹²³ Ebd., S. 356 f. Auch bei diesem Verhältnis handelte es sich um einen globalen Trend, der sich so ebenfalls auf der Reichsebene findet. SCHÖNHOFEN, Gewerkschaften (wie Anm. 26), S. 76.

¹²⁴ Zum evangelischen Vereinswesen in Bautzen vgl. MAHLING, Kirche (wie Anm. 90), S. 126. Der Verein unterhielt in diesem 1905 gebauten Haus zudem einen Vortragssaal, eine Bücherei mit Lesezimmer, ein Gesellschaftszimmer, ein Jugendheim, eine Turnhalle und einen Spielplatz sowie ein Hospiz für junge Männer. Einwohnerbuch für Bautzen, Bautzen 1921, S. 239.

¹²⁵ Hundert Jahre Leibesübungen in Bautzen, in: Der Turner aus Sachsen. Kreisblatt für die Sächsische Turnerschaft, XIV. Kreis der Deutschen Turnerschaft, 14. 1. 1932, S. 21.

¹²⁶ StAB, NA, III/II C 96, S. 12.

¹²⁷ Ebd., C 3 Bd. VIII, S. 35.

Arbeitern, bedeutete dies doch neben den weltanschaulichen Grundlagen auch eine Dissonanz im Ansatz der eigenen Interessenvertretung. Auf derselben Sitzung berichtete ein Mitglied der freien Gewerkschaften, dass er neulich einer „christlichen Versammlung im Albertshof beigewohnt hätte; es sei zwar sehr lehrreich gewesen, aber man fände heraus, daß die Arbeiter dumm bleiben“ sollten.¹²⁸ Im Mai 1906 äußerte ein Redner aus Dresden in einer Versammlung der Bauhilfsarbeiter seine Überzeugung, dass die christlichen Verbände zukünftig keinen Zulauf mehr haben werden, da die Arbeiter begreifen, dass „die Pfaffen nur beten lernen, aber ihre Lage nicht verbessern könnten“ und dass auch weiterhin „den schwarzen Gendarmen, den Geistlichen, entgegengesteuert“ werden müsse.¹²⁹ Und im Mai 1912 versuchte das freie Kartell schließlich offensiv gegen „die Agitation der Gewerkschaftschristen“ vorzugehen, indem der Vorsitzende der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter, Otto Hue (1868–1922), in einer Veranstaltung deren „Lügen einmal gründlich [...] zerpfücken“ sollte.¹³⁰ Jene Verwerfungen im einheitlichen Vorgehen zeigten sich aber auch im Hinblick auf die liberalen Gewerkschaften. Im Januar 1905 berichtete ein Bautzener Metallarbeiter über „das schlechte Zusammenhalten der Arbeiter in verschiedenen Fabriken“. Als Grund „wurde das Einwirken der Mitglieder des Hirsch-Dunkerschen-Gewerkvereins auf die betreffenden Arbeiter bezeichnet“.¹³¹ Denn schließlich, so warf es ihnen ein Görlitzer Maurer auf einer Versammlung im Oktober 1907 in Bautzen vor, stünden diese „im Dienste des Unternehmertums“ und „verwehren den Klassenkampf“.¹³²

Diese grundsätzlich als verschieden bewertete Basis der eigenen Arbeit war nicht zuletzt ein Grund für eine verstärkte Abgrenzung von den ‚gegnerischen‘ Organisationen der liberalen und christlichen Gewerkschaftsrichtungen im Ort, die dann beispielsweise ausdrücklich nicht zu Veranstaltungen eingeladen wurden. Eine Vorgehensweise, die allerdings auch von der Gegenseite so gehandhabt wurde. So hieß es in der Einladung zur Versammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes im Juni 1904 ausdrücklich: „Freie Gewerkschaften haben keinen Zutritt“.¹³³ Für den genannten evangelischen Arbeiterverein war es gar qua Satzung ein Ausschlusskriterium, wenn ein Mitglied „einem sozialdemokratischen Vereine beitrifft“.¹³⁴ Gleichzeitig wies das freie Kartell seine Delegierten immer wieder darauf hin, dass die Veranstaltungen der christlichen und liberalen Gewerkschaften nicht zu besuchen oder nicht durch nahe stehende Vereine wie die Bautzener Arbeiter-

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd., S. 253.

¹³⁰ NL MT, PB (1906–1914), 21.5.1912. Zu Otto Hue vgl. KARL LAUSCHKE, Otto Hue – Sprecher der Bergarbeiter, in: Sozialdemokratie im Wandel. Der Bezirk Westliches Westfalen 1893–2001, hrsg. von BERND FAULEN-BACH u. a., Essen 2001, S. 54–67.

¹³¹ StAB, NA, III/II C 3 Bd. VIII, S. 75.

¹³² Ebd., Bd. IX, S. 52. Allerdings gab es auch hier Berührungspunkte bzw. Schnittmengen, die über die in weiten Teilen ideologisch definierten Grenzen hinweg wirkten. Im September 1901 beschloss das Kartell etwa die Beteiligung an einer durch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine organisierten Veranstaltung „gegen die Lebensmittelzölle“. Dazu war extra ein Vertreter dieser Gewerkschaftsrichtung zur Versammlung der freien Gewerkschaften erschienen und hatte betont, „daß das Interesse daran doch das gleiche sei“. Unter der Aushandlung von „unbeschränkter Redefreiheit“ sagte das freie Kartell dann die Teilnahme zu. NL MT, PB (1896–1906), 11.9.1901.

¹³³ StAB, NA, III/II C 125, S. 5.

¹³⁴ Satzung des Evangelischen Arbeiter-Vereins zu Bautzen und Umgegend, Bautzen 1901, S. 3.

samariterkolonne zu unterstützen sind.¹³⁵ Dies war nicht zuletzt auch deswegen wichtig, da auch die anderen beiden Gewerkschaftsrichtungen in Bautzen in ein verzweigtes und durchaus mitgliederstarkes Vereinswesen eingebunden waren, welches dem der freien Gewerkschaften in seinem Milieucharakter ähnlich war und in dieser Hinsicht ebenso Anreize bot.¹³⁶ Und auch wenn das Religiöse in der Argumentation – ein Thema vieler Versammlungen in beiden Lagern¹³⁷ – eine wesentliche Scheidemarke bildete, so lässt sich doch in Bautzen im Hinblick auf das originäre Anliegen der Organisationen auch eine Entwicklung beobachten. Schließlich handelte es sich bei den christlichen Gewerkschaften nicht um reine ‚gelbe‘, also arbeitnehmerfreundliche Verbände.¹³⁸ Als im Januar 1906 in der Tischlerei Töpfer und Eckl ein Mitarbeiter „wegen ungebührlichen Betragens“ entlassen wurde, traten 36 Arbeiter zu seinen Gunsten in Streik.¹³⁹ Dieser Arbeitskampf, den der freie Holzarbeiterverband organisierte, wurde anfangs von den christlichen und liberalen Gewerkschaften des Ortes mitgetragen. Nur der Hirsch-Dunkersche Verband wurde dann „wortbrüchig“ und trug den Streik nicht mit.¹⁴⁰

¹³⁵ NL MT, PB (1906–1914), 7. 12. 1912; 3. 12. 1913. Vgl. zu dieser Trennung des Arbeitermilieus SCHNEIDER, *Geschichte* (wie Anm. 24), S. 94; SCHMIDT, *Spielräume* (wie Anm. 100), S. 226–232.

¹³⁶ Die liberalen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine gründeten beispielsweise 1885 einen Wareneinkaufsverein, der in seiner Organisation den sozialdemokratischen Konsumvereinen sehr ähnlich war. Der als Genossenschaft arbeitende Verein unterhielt dann in der Weimarer Republik neben 16 Verkaufsstellen in Bautzen noch eine Bäckerei sowie eine Kaffeerösterei und hatte 1926 nicht weniger als 6.600 Mitglieder. Überdies verfügten die Gewerkvereine 1898 über sieben Hilfskassen im Ort. StAB, NA, III/II C 3 Bd. VII, S. 33; Deutschlands Städtebau: Bautzen, hrsg. vom Rat der Stadt Bautzen, Berlin 1926, S. 93. Weder SPD noch Gewerkschaften unterhielten in Bautzen vor dem Ersten Weltkrieg einen eigenen Konsumverein. Nach der negativen Prüfung einer eigenen Gründung im Februar 1907 erging der gezielte Aufruf, dem bestehenden Konsumverein beizutreten, um diesen „auf die Höhe der Zeit zu bringen“ und langfristig zu gewährleisten, dass „die Arbeiterschaft später im Vorsitz u. Aufsichtsrat vertreten ist“. NL MT, PB (1906–1914), 1. 2. 1907; 14. 2. 1907.

¹³⁷ Exemplarisch seien hier angeführt: StAB, NA, III/II C 3 Bd. VIII, S. 142, 384. Überdies enthielt die Bibliothek des freien Kartells religionskritische Literatur wie den „Pfaffenspiegel“ oder „Wider die Pfaffenherrschaft“. NL MT, PB (1906–1914), 11. 12. 1906; 27. 5. 1909.

¹³⁸ Als ‚gelbe Gewerkschaften‘ wurden jene Arbeitervereine bezeichnet, die zumeist durch die Unternehmer in ihren eigenen Betrieben ins Leben gerufen wurden und die einen unternehmerfreundlichen Ansatz vertraten. Ziel war es, die Arbeiter – in Abgrenzung zu den freien Gewerkschaften – zu disziplinieren, gleichsam aber auch zu integrieren. Vgl. hierzu ANNE NIEBERDING, „Dann wurde ein Werksverein gegründet für die Arbeiter ...“ Die gelbe Gewerkschaft in der J.M. Voith 1911–1918, in: Unternehmenskommunikation im 19. und 20. Jahrhundert. Neue Wege der Unternehmensgeschichte (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 19), hrsg. von CLEMENS WISCHERMANN/PETER BORSCHIED/KARL-PETER ELLERBROCK, Dortmund 2000, S. 173–197, hier: S. 173–177. Allerdings nahmen die freien Gewerkschaften in Bautzen die Bestrebungen der christlichen und liberalen Gewerkschaften in Teilen so wahr und verteilten beispielsweise im Februar 1909 gezielt die Broschüre „Der gelbe Sumpf“. Dies betraf ebenso den deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband. NL MT, PB (1906–1914), 16. 2. 1909; 29. 1. 1913.

¹³⁹ StAB, NA, III/II C 249, S. 34; NL MT, PB (1906–1914), 21. 6. 1906.

¹⁴⁰ Ebd., C 3 Bd. VIII, S. 255. Es handelte sich hierbei allerdings um eine Entwicklung, die sich auch in anderen Regionen Sachsens zeigte. Zwar konnten sich Organisationen wie die Sächsische Evangelisch-Soziale Vereinigung bis zum Ersten Weltkrieg nicht dazu durchringen, die christlichen Gewerkschaften zu unterstützen. Dennoch duldeten sie aus strategischen Überlegungen gegenüber der Arbeiterschaft heraus das Agieren einzelner Mitglieder, die mit Streikenden offen sympathisierten – 1905 beispielsweise einen Pastor aus Meerane. Hieran zeigt sich letztlich auch der Zwiespalt, in dem sich die christlichen Gewerkschaften bewegten: Einerseits hatten diese ein staatstragendes bzw. -erhaltendes Verständnis und standen jedweder Form von Protest kritisch gegenüber. Als Organisationen der Arbeiter konnten sie sich aber andererseits auch nicht den

Schlussbemerkung

Der vorstehende Beitrag zur lokalen Gewerkschaftsbewegung in Bautzen verdeutlicht die Bedeutung der Auseinandersetzung mit diesem Forschungsfeld auf lokaler Ebene nachdrücklich. Schließlich liefert die Untersuchung nicht nur Details der praktischen Arbeit der Gewerkschaften vor Ort oder legt die lokalen Konfliktlinien zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen offen. Überdies zeigt sie mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch neue Facetten der sächsischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches. Bisher ist das christliche Sozialmilieu in Sachsen – Vereine und Gewerkschaften – kaum untersucht,¹⁴¹ da die Forschung nach wie vor davon ausgeht, dass dieses weder im Deutschen Kaiserreich noch in der Weimarer Republik in Sachsen überhaupt vorhanden war.¹⁴² Das Beispiel Bautzen, aber auch andere Regionen Sachsens, deuten hier in eine andere Richtung.¹⁴³ Und auch wenn Religiosität nur ein Faktor ist, der die individuelle Mentalität und Lebensführung bestimmt,¹⁴⁴ so konnte er doch gleichzeitig gruppenbildend wirken. Mit einer lokalen oder regionalen Untersuchung in Sachsen dürften sich demnach auch Aussagen über Beschaffenheit und Funktionsweise von liberalen und konservativen Milieus im Deutschen Kaiserreich treffen lassen. Dies gilt in gleicher Weise für die Entwicklung nach 1918.

Anhand der Untersuchung wurde zudem deutlich, in welchen Bereichen die auch in Bautzen organisierten liberalen und christlichen Gewerkschaften wirksam wurden und wie deren Einbettung in das jeweilige Milieu zu bewerten ist. Während die liberalen Gewerkvereine zunehmend an Bedeutung verloren und es ihnen aufgrund der fehlenden Mitgliederbasis offensichtlich auch nicht gelang, sich langfristig infrastrukturell in der Stadt zu verankern, kam den christlichen Gewerkschaften deren konservatives Gesellschaftsbild zugute. Schließlich unterhielten sie seit ihrer Gründung gerade deswegen enge Kontakte zum städtischen Bürgertum, welches einerseits finanzielle Unterstützung leistete und ihren wichtigsten Gegner, die freien Gewerkschaften, andererseits gezielt über die städtischen Vertretungskörperschaften und das ortsansässige Militär bei der Organisation zu behindern suchte. Allerdings unterlag das Verhältnis zu den ‚gegnerischen‘ Organisationen, das im Kern von Fragen der Selbstdefinition und Abgrenzung bestimmt war, einem Entwicklungsprozess, welcher in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ge-

Bedürfnissen ihrer Mitglieder verschließen, was zwangsläufig zur Unterstützung der Artikulation dessen führen musste. KRANICH, *Vereinigung* (wie Anm. 3), S. 97 f.

¹⁴¹ Vgl. als eine der wenigen vorliegenden Studien KRANICH, *Vereinigung* (wie Anm. 3).

¹⁴² RUDOLPH, *Sozialdemokratie* (wie Anm. 3), S. 41. Vgl. allgemein zu den Lücken der Milieuforschung in Deutschland CLAUS-CHRISTIAN W. SZEJNMANN, *Theoretisch-methodische Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit*, in: *Regionen im Nationalsozialismus* (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 10), hrsg. von MICHAEL RUCK/KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003, S. 43–57, hier: S. 52 f. Exemplarisch für den Zusammenhang von Religion, Klasse und lokaler Politik sei hier angeführt DAVID BLACKBOURN, *Class, religion and local politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 9), Wiesbaden 1980.

¹⁴³ Vgl. hier exemplarisch den Zusammenhang von sittlich-religiöser Motivation und betrieblicher Sozialpolitik im Unternehmen Kübler & Niethammer STEINBERG, *Motive* (wie Anm. 71), S. 139–144.

¹⁴⁴ SZEJNMANN, *Chancen* (wie Anm. 142), S. 50.

meinsame Veranstaltungen oder gar gemeinsam getragene Streiks nicht mehr unmöglich machte und der die zweifelsohne bestehenden Milieugrenzen relativierte.

Zudem zeigt die Untersuchung der Bautzener Gewerkschaften eindrucklich die sozialen Facetten und Auswirkungen der Industrialisierung sowie die aus ihr erwachsenen Bedürfnisse. Der unbestreitbare Fortschritt für die Stadt und die Region brachte neue Arbeits- und Lohnverhältnisse mit sich, die von Seiten der betroffenen Arbeiter zunehmend kritisch eingeschätzt und schließlich durch den organisierten Zusammenschluss auch verändert bzw. verbessert werden sollten. Hierbei zeigten sich jedoch nicht nur erfolgreiche Strategien – etwa beim Verlauf von Streiks oder der Milieueinbindung durch kulturelle Angebote –, sondern auch Konflikte der Mitgliedsgewerkschaften untereinander und mit der Leitung der Dachorganisation. Insbesondere letztere dürften stark von der Einschränkung der eigenen Entscheidungsbefugnis beeinflusst gewesen sein, wurden sie doch bei Fragen der Lokalbenutzung oder der Zuständigkeit für bestimmte Mitgliedergruppen ausgetragen. Die unbestreitbaren Vorteile der lokalen Zusammenschlüsse boten folglich nicht zwangsläufig, jedenfalls nicht absolut nur Vorteile, sondern konnten auch zu Konflikten und damit zu einer Bindung der vorhandenen Ressourcen führen.

Neben jenen inneren Konflikten verdeutlichen vor allem die Auseinandersetzungen im städtischen Umfeld wesentliche Entwicklungslinien, die oftmals durch die aus Erfahrungen entstehenden Reaktionen und nicht zuletzt durch die Sicht auf diese Organisationen geprägt waren. Insbesondere der Versammlungsort bildete dabei in Bautzen eine Kernfrage der freien Gewerkschaften, die das Kartell fast zehn Jahre beschäftigte. Sie zeigt aber auch, dass es gerade jene Orte der Zusammenkunft waren, die die Milieugrenzen im alltäglichen Umgang deutlich machten bzw. diese regelrecht generierten. Schließlich verkehrten die Soldaten nicht in den Wirtschaften der Sozialdemokraten, letztere wiederum mieden ihnen ‚feindlich‘ gesinnte Wirte. Eine Vorgehensweise, die sich auch auf den Konsum im Allgemeinen ausdehnte. Allerdings gab es zwischen den Milieugrenzen durchaus auch Verschiebungen, wie die gemeinsamen Streikaktivitäten mit den christlichen Gewerkschaften deutlich aufzeigen. In dieser Hinsicht können die mehrfach nachweisbaren, gezielten Aufforderungen, nicht am bürgerlichen Vereinsleben teilzunehmen oder die bürgerliche Presse zu lesen, auch als Versuche gesehen werden, jene verschobenen Grenzen wieder zu korrigieren und die eigene Gruppe zu definieren. Und gerade dies deutet den Entwicklungsgrad der Bautzener Arbeiterschaft am Vorabend des Ersten Weltkriegs an. Zwar war es Organisationen wie den freien Gewerkschaften gelungen, im Bereich Interessenvertretung arbeits- und reaktionsfähige Strukturen und im Bereich Kultur reichhaltige Angebote zu entwickeln. Die späte Gründung von freien Gewerkschaften verhinderte aber offensichtlich das Entstehen eines abgeschlossenen sozialen Milieus. Dennoch wies Bautzen 1914 einen hohen Organisationsgrad unter den Arbeitern auf, blieb aber im regionalen Vergleich ein ‚Leuchtturm‘ in der Oberlausitz.